

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Abholung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Verlegung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband liegen für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Salva-Anschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 89a.

Die achtseitige Monarchische oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.30 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Grenzpreise: Zentrum 2030, 2445, 4510 4592, 4635, 4648, 4931.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Belastung des Wirtschaftslebens

Die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes

In der Donnerstagssitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde die Beratung der Vorlage über die Verlängerung der Kohlensteuer erledigt. Der Berichterstatter, Abg. Keil äußerte schwere Bedenken gegen die Vorlage, sprach sich aber infolge der Zwangslage für eine auf drei Monate befristete Verlängerung aus, anstatt der in der Vorlage vorgesehene Verlängerung auf ein Jahr. Er schlug ferner eine Entschärfung vor, die die Regierung ersucht, dem Reichstage innerhalb von drei Monaten Vorschläge über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels zu unterbreiten. Die Demokraten beantragten Verlängerung des Gesetzes bis zum 31. März 1921. Zu dieser Festsetzung des Termins erklärte der Reichsfinanzminister Wirth seine Zustimmung. Er legte aber im übrigen dar, wie sich die Finanzlage ständig verschärft und immer bedrohlicheren Charakter annehme. Er könne deshalb auf die Kohlensteuer nicht verzichten. Sie sei eine der wenigen Einnahmequellen, die auch wirklich eingehe, während die Besteuerungen jetzt noch sehr wenig eingehe. Wegen des gewaltigen Defizits im Reichshaushalt, das er auf 40 Milliarden schätze, sei er persönlich der Meinung, daß eine Wiederholung der Gewinnmöglichkeiten während des Krieges verhindert werden müsse. Ohne eine gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaues sei eine Sanierung der Finanzen unmöglich. Genosse Eichhorn erklärte sich gegen die einfache Verlängerung des Kohlensteuergesetzes, wie auch gegen die unveränderte Annahme seiner einzelnen Bestimmungen. Die ungeheure Belastung des Wirtschaftslebens, die durch die Kohlensteuer bestehe, müsse ein Ende nehmen, denn Hebung der Produktion und Preisabbau seien dringend notwendig. Eichhorn forderte für den Fall der Verlängerung der Steuer die Freilassung des Hausbrandes von der Besteuerung. Die bürgerlichen Abgeordneten erklärten alle ihre Zustimmung zur Verlängerung der Kohlensteuer bis zum 31. März 1921 ohne jede materielle Änderung.

Demgegenüber wies Genosse Dr. Herz nachdrücklich daraufhin, daß der Sinn der Begründung der Vorlage die Ergänzung durch

den Eventual-Antrag der Unabhängigen erfordere. Wenn diese Begrenzung der Steuer auf den gegenwärtigen Preis für Kohle nicht vorgenommen werde, so werde die Steuer, da weitere Preiserhöhungen für Kohle in den Absichten der Unternehmer liegen, nicht 4 1/2 Milliarden, sondern unter Umständen 6 bis 8 Milliarden bringen. Das aber sei eine völlig unerträgliche Belastung für die Volkswirtschaft und müsse verhängnisvoll wirken. Das würde auch bedeuten, daß die große „soziale“ Finanzreform in Wirklichkeit fast nur noch aus indirekten Steuern bestehe, da die direkten Steuern ja nicht eingehe. Die Einwände gegen die Sozialisierung seien nicht stichhaltig, auch sei es völlig unbedachtigt, von einer Notwendigkeit der Kohlenpreiserhöhungen durch die Steigerung der Arbeitslöhne und die gestiegenen Produktionskosten zu sprechen. Vor allem seien die Unternehmergewinne seit 1914 um das Dreifache gestiegen, die Arbeitslöhne aber nur um das Ufache. Kurzum: Feststellungen nach dieser Richtung seien unerschütterlich. Wenn man die Hausbrandkohle unverteuert lassen wolle, so könne man das auch, da durch die Rationierung die Möglichkeit der Kontrolle ohne weiteres gegeben sei.

Trotz dieser Darlegungen wurde sowohl der Antrag der Unabhängigen auf Festlegung der Kohlensteuer auf 4 M. pro Tonne, wie 1917, abgelehnt, als auch der Eventualantrag, die Steuer nur von dem vor dem 1. August 1920 festgesetzten Preis für Kohle zu erheben. Auch die Freilassung des Hausbrandes von der Besteuerung wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt, ebenso der Antrag Keil auf nur dreimonatige Gültigkeit des Gesetzes. Auch die Resolution Keil für die Vorlage eines Sozialisierungsgesetzes fand bei keinem bürgerlichen Vertreter Gnade, dagegen wurde eine Resolution der Demokraten angenommen, die die Selbstverständlichkeit aussprach, die Regierung möge die Gutachten der Sozialisierungskommission und des Reichswirtschaftsrats über die Sozialisierung dem Reichstage vorlegen.

Stimmt das Plenum diesen Beschlüssen des Ausschusses zu, so wird jede Gesundung des Wirtschaftslebens von vornherein verhindert, die Preissteigerungen wachsen neuerdings an und die Massen der minderbemittelten müssen mit ihren wenigen Pfennigen die Milliarden herbeischaffen, die die Besitzenden dem Reiche entziehen.

folgendes umfassen: 1. Die Blockade als Waffe des Völkerbundes. 2. Die Errichtung einer festen Gesundheitsorganisation. 3. Die besten Methoden, um die Bestimmungen des Völkerbundesabkommens mit Bezug auf die Mandatarmächte anzuwenden für die überseeischen Besitzungen Deutschlands. 4. Die Beziehungen zwischen dem Völkerbundrat und dem Völkerbund. 5. Die Aufgaben der Kommission für die Grenzbestimmung des Saargebietes. 6. Feststellung des Datums der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel, die ursprünglich für den 23. Juli geplant war.

Die russischen Waffenstillstandsbedingungen

III. London, 29. Juli.

Die Alliierten wollen die Sowjetregierung dringend auffordern, die Waffenstillstandsbedingungen bedeutend zu ändern; andernfalls haben die Alliierten militärische Hilfe für Polen ins Auge gefaßt. Es wird angenommen, daß der ökonomische Faktor in den Verhandlungen mit den Sowjets sich am wirksamsten erweisen wird. Die Härte der Waffenstillstandsbedingungen rief keine Ueberraschung in Londoner diplomatischen Kreisen hervor, die erkennen, daß Sowjetrußland dem Waffenstillstand nur zustimmt, um Zeit für seine militärischen Offensivpläne zu gewinnen.

Der Beginn der Waffenruhe

Warschau, 29. Juli.

Gegenüber den alarmierenden Gerüchten, die von einer Weigerung der Obersten Heeresleitung der Sowjetarmee, die feindseligen Handlungen einzustellen, zu berichten wissen, wird darauf hingewiesen, daß nach dem Abkommen vom 25. Juli die Waffenruhe erst am 30. Juli beginnt.

Brest-Litowsk und Lemberg bedroht

III. Warschau, 29. Juli.

Die Bolschewisten legen ihre Offensiv trotz der bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen fort. Brest-Litowsk und Lemberg sind stark bedroht und die Uebergabe dieser beiden Städte ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Bolschewisten überschritten den Fluß Zelmwa. Der Rückzug der Polen ist allgemein. Auf der ganzen Front wird heftig weiter gekämpft; die beiderseitigen Verluste sind groß.

Die Randstaatenfrage

Romno, 28. Juli.

Heute ist Zoffe mit der Antwort der russischen Regierung auf die Note des itaaischen Ministers des Auswärtigen aus Moskau nach Riga zurückgekehrt. Die Verhandlungen sollen unverzüglich beginnen.

Die lettische Regierung machte der itaaischen den Vorschlag, Verhandlungen zwischen beiden Staaten über den Grenzverleß und militärische Fragen einzuleiten. Die itaaische Regierung nahm den Vorschlag an und bestimmte ihre Vertreter. Das Kabinett beschloß, die lettische Regierung zu erlauben, ihre Vertreter zu diesen Verhandlungen nach Romno zu entsenden.

Tagesordnung des Völkerbundesrats

III. London, 29. Juli.

Der Sekretär des Völkerbundes teilt mit, daß die Punkte, die in der Sitzung des Rates am 30. Juli zur Sprache kommen sollen,

Unruhen in Danzig

Danzig, 29. Juli.

WZB. meldet: Gelegentlich einer heute nachmittags am dem Seumarkt abgehaltenen Demonstrationversammlung kam es zu schweren Ausschreitungen vor dem Regierungsgebäude. Der in diesem Gebäude in einer Sitzung des Staatsrats anwesende Oberbürgermeister Sahm wurde gewaltsam aus der Sitzung herausgeholt, um zu der durch zahlreiche Reden aufgeregten Menge zu sprechen. Als der Oberbürgermeister vor die Menge geführt wurde, drang sie von vielen Seiten auf ihn ein und mißhandelte ihn schwer. Er wurde angepöbeln und von vielen, die ihn erreichen konnten, ins Gesicht geschlagen. Der Oberbürgermeister mußte von der Treppe des Landeshauptes der Menge verschwinden, daß er sich für die Erfüllung der Forderungen einsetzen werde. Beim Abzug der Menge kam es zu einem Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr, die eine nach dem Gerichtsgefängnis führende Straße absperzte, da laut geworden war, daß eine gewaltsame Befreiung der politischen Gefangenen beabsichtigt sei. Durch Maschinengewehrschüsse wurde ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Schwerer Unfall bei einer Demonstration

Schäß a. M., 29. Juli.

W. T. B. meldet: Zu größeren Arbeiterunruhen kam es heute Vormittag vor dem Direktionsgebäude der Fabrikwerke vorm. Reister, Lucius u. Brenning. Unzufriedenheit der Arbeiter mit Lohn- und Arbeitszeitfragen, sowie Unwille über den Steuerabzug sollen Anlaß dazu gegeben haben. Die Menge stauete sich an den Eingängen und im Treppenhause des Direktionsgebäudes, sowie auf der Straße, während eine Abordnung der Arbeiter mit der Direktion verhandelte. Plötzlich brach im Treppenhause das Geländer und eine große Anzahl Menschen stürzte in die Tiefe. Zahlreiche Personen trugen schwere Verletzungen davon. Ein junger Mann ist seinen Verletzungen bereits erlegen. Einer der Direktoren soll bei der Auseinandersetzung mit den aufgeregten Arbeitern verletzt worden sein.

Der Scheiterhaufen

Die Legende erzählt, daß, als der böhmische Religionsreformer Johannes Huz laut Beschluß des Kirchenkonzils verbrannt werden sollte, ein altes Mütterlein einige Scheite Holz heranschleppte, um sie auf den Scheiterhaufen zu legen. Das Mütterlein glaubte in seiner Einfalt, ein gottgefälliges Werk zu tun, wenn es Holz zum Scheiterhaufen heranschleppte, auf dem der verruchte Ketzer verbrannt werden sollte.

Der Reichsminister Dr. Simons hat mit einem Johannes Huz nichts gemein. Er hat es aber gewagt, in der Montagsitzung des Reichstages einige Worte der Anerkennung an die Adresse Sowjetrußlands zu richten, über die soundsoviel Bureaufratsenselen in Entsetzen gerieten, weil sie wie ein Hagelstauer auf das bisher geübte System der Sozialistenbekämpfung herunterprasselten. Zahlreiche Hände setzten sich deshalb in Bewegung, um den Scheiterhaufen zu richten, auf dem der unbequeme Minister verbrannt werden sollte.

Dieses Beginnen war tödlich und vom Standpunkt der Sozialistenbekämpfung durchaus verständlich. Wehlagte doch die „Tägliche Rundschau“, daß der Minister mit seinen Worten die ganze „politische Arbeit“ vernichtet habe, die bezüglich der „bolschewistischen Gefahr“ geleistet worden sei, und daß man sich in London und Paris fragen werde, warum denn Herr Geheer in Spaa überhaupt den Versuch gemacht habe, die bolschewistische Gefahr in den Vordergrund zu stellen. Das war des Pudels Kern; die Rechtsparteien rebellierten gegen den Minister, weil er ihre Methoden, das Bürgertum vor der „bolschewistischen Gefahr“ graulich zu machen, mit einem Schläge zertrümmert hatte.

Run kann man Herrn Dr. Simons alles weniger als Sympathien für den Bolschewismus nachsagen. Selbst vor seinem blamablen Unfall in der Dienstagssitzung solidarisierte er sich keineswegs mit dem radikalen Sozialismus, und er warnte ausdrücklich vor einer Ueberbannung der Räteidee. Er suchte aber gleichzeitig als Realpolitiker, der sich in Anbetracht der jetzigen internationalen Konstellation den Weg nach dem Osten frei machen wollte, der ausbauenden wirtschaftlichen Arbeit der Sowjetregierung Gerechtigkeit zu zollen und die Tatkraft, die sie auf manchen Gebieten zeigte, als mustergültig hinzustellen.

Gäbe es in den Reihen der bürgerlichen Parteien Politiker, deren Blick über die Schranken engstirniger, verbohrtter Klassenpolitik und janatschen Sozialistenhasses hinausreichte, sie hätten ruhig dem Minister zustimmen können, der sich mit seinen Worten bemühte, eine Brücke nach Osten zu schlagen. So aber reichte ihr politisches Verständnis nur zur Aufrihtung eines Scheiterhaufens aus, dem Herr Dr. Simons nur durch einen nicht sehr glänzenden Sprung in den Sumpf der Charakterlosigkeit entging.

Trotz dieses wenig rühmlichen Ausgangs ruht die Angelegenheit nicht. Die Worte des Ministers werden weiter erörtert, die rechtssozialistische Presse versteht ihm einen Eselschritt nach dem anderen, und im „Vorwärts“ schleppt, wenn auch mit einer Verspätung, Herr A. Grigorjan, der russische „Sachverständige“ der Rechtssozialisten, noch die fehlenden Holzstücke für den Scheiterhaufen des Ministers heran.

Herr A. Grigorjan kann man nicht die heilige Einfalt zugute halten, die weiland das alte Mütterlein bei der Verbrennung des Johannes Huz besaß. Wenn bei ihm von Einfalt gesprochen werden kann, so ist sie böswillig und verbohrt, ebenso böswillig und verbohrt wie die ganze rechtssozialistische Politik gegenüber der russischen Revolution und der gewaltigen Neugestaltung der Verhältnisse im Osten.

Herr A. Grigorjan erklärt, daß die Ueberlegungen des Herrn Dr. Simons sich mit den Befundungen führender Sowjetleute über die Wirtschaftslage in Rußland sehr schlecht vertrügen, und er führt zur Bekräftigung seiner Ansicht eine Reihe von Zitaten aus einem Artikel N. Bucharins an, der vor einigen Tagen in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. In diesem Artikel wird mit rühmlicher Offenheit zugegeben, daß es um die russische Industrie, sowie um das Transportwesen und die Beschaffung des Heizmaterials sehr schlecht bestellt ist. Zugleich aber wird darauf hingewiesen, daß sich namentlich auf dem Gebiete des Transportwesens, der Beschaffung von Heizmaterial und der Erschließung neuer Kraftquellen in der letzten Zeit eine merkwürdige Besserung zeigt.

Was besagen diese Feststellungen gegenüber den Ueberlegungen des Herrn Dr. Simons? Nicht das geringste. Sie bekräftigen vielmehr, daß in Sowjetrußland — wie Herr Dr. Simons sagte — eine Arbeit geleistet worden ist, „in der Ueberwindung des Chaos, die unsere ganz besondere Beachtung verdient“. Daß in den Jahren der bolschewistischen Herrschaft auch auf wirtschaftlichem Gebiete zahlreiche Fehler gemacht worden sind, wird hin Bernünftiger übersehen. Es wird auch niemand so leicht sein, anzunehmen, daß die „russischen Methoden“ auf Deutschland übertragen werden müssen, denn die Wege der sozialen Revolution in Deutschland sind verwickelter und komplizierter als die in Rußland. Aber gleichzeitig wird jeder, der die Interessen der sozialen Revolution in ihrer Gesamtheit vertritt, und selbst jeder, der lediglich die realpolitischen Möglichkeiten der gegenwärtigen internationalen

nalen Situation auszuweichen will, anerkennen müssen, daß in Sowjetrußland eine gewaltige aufbauende Arbeit geleistet worden ist und geleistet wird.

Diese Einsicht fehlt dem russischen „Sachverständigen“ des „Vorwärts“ und den rechtssozialistischen Politikern überhaupt. Der proletarischen Politik in Deutschland haben sie sowohl vor wie nach der Revolution nur Hemmungen in den Weg gelegt. Sie haben ihr keine einzige neue Idee zur Richtschnur gegeben. Sie haben das Werk des sozialistischen Aufbaues sabotiert und ärgerlich und verdrossen über jeden Schritt, der sich nicht mit ihrer abgestandenen Weisheit und ihrer feigen Bedientenhaftigkeit gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen Staat zufrieden geben wollte. Es ist deshalb auch sehr vollkommen in der Ordnung, wenn sie, Hand in Hand mit den Industriemagnaten der antibolschewistischen Vereinigungen, selbst gegen einen politisch sehr gemäßigten Bürgerlichen Minister Sturm rennen, der sich in einem klaren Augenblick die Scheufuppen der politischen Verbohrtheit, dieser schlimmsten Krankheit der deutschen Politik, von den Augen gerissen hat.

Der erste kleine Anschlag

Die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, beschäftigt sich in einem eingehenden Artikel mit der Abstimmung in der Reichstagsitzung vom Mittwoch, in der die Rechtssozialisten zusammen mit den eigentlichen Regierungsparteien die Tagesordnung für die Reichsregierung eingebracht haben. Das Blatt glaubt, aus dieser Abstimmung und aus der ihr vorhergegangenen Debatte eine breite Klüftung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen feststellen zu können, und sagt, daß die Politik von Spaa rücksichtslos nur von derjenigen Partei bekämpft werde, die der eigentliche Träger des Militarismus sei. Ueber die innerpolitischen Folgerungen, die sich daraus ergeben, bemerkt sie das folgende:

Für die innere Politik gilt das Wort, das Dr. Simons in seiner Schlussrede geprägt hat: Wir bewegen uns auf einem schmalen vertikalen Grat, von dem wir jeden Augenblick abgleiten können. Aber heute hat es doch den Anschein, als wenn die mit Naturnotwendigkeit sich geltend machenden politischen Möglichkeiten beginnen, jene Wähler vom 6. Juni zu korrigieren, die das Staatsstich mit aller Kraft nach rechts steuern wollten. Das politische Klima, das sich in der bürgerlichen Regierung von heute entwickelt, erweist jedenfalls in der Auswirkung von Spaa, Induktionsströme veränderter Richtung auf der linken bis in die Rechten der Unabhängigen hinein, nicht aber auf der Rechten, wo man sich allzu streng hinter Porzellan isoliert — „möglichst herweise der erste kleine Anschlag zu der Verbreiterung der Regierungsbasis, der das Zentrum seit langem das Wort geredet hat“.

Die gesamte bürgerliche Presse mißt dieser Auslassung eine große Bedeutung bei. Der „Vorwärts“ dagegen erklärt, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, ihre freie Stellung außerhalb der Regierungskoalition aufzugeben. — Wir können abwarten, ob das auch durch die Tat gesehen wird.

Dalldorfer im Reichstag

Die Hundstapffantastien eines Spitzels, die vom Wolffschen Telegraphenbureau am Dienstag in später Abendstunde in alle Welt geschrien wurden, haben die deutschnationale Reichstagsfraktion dem Zersinn nahe gebracht. Sie hat, in banger Furcht vor ihrem Leben, im Reichstag eine kleine Anfrage eingereicht, um noch in zwölfter Stunde das Ansehen von Deutschland abzuhalten. Nicht interessant ist es, daß diese kleine Anfrage auch den Urheber nennt, der die Schredensnachrichten erfunden hat: Die „Deutsche Wirtschaftshilfe“, jene aus der antibolschewistischen, von Stinnes, Thyssen und den Großbanken ausgehaltene Lügen- und Verdrehungsagentur, die sich jetzt die Aufgabe gestellt hat, die Erzeugung von Schwindelnachrichten fabrikmäßig zu betreiben. Der Zugang zum Großbetrieb ist auf die Einflüsterungen des Herrn Stinnes zurückzuführen, an ihn mögen sich also die Deutschnationalen in erster Linie wenden, wenn die durch die „Wirtschaftshilfe“ verbreiteten Phantasieprodukte im Zusammenhang mit der Hundstapffantastie noch eine weitere Nachwirkung hervorrufen sollten. Die Anfrage läßt sich nach unserem Dafürhalten am besten durch einen kräftigen Guß kalten Wassers erledigen. Geschieht das nicht, dann besteht sehr leicht die Gefahr, daß aus der akuten Erkrankung eine chronische wird.

Der Untersuchungsausschuss

Der Untersuchungsausschuss traf gestern die Vorbereitungen für seine Arbeit. Nach Entgegennahme der Berichte der Sekretäre der einzelnen Unterausschüsse und ihrer Wiederernennung, ebenso wie der Bestätigung der bisherigen Sachverständigen, erfolgte die Neubildung der Unterausschüsse, in die unsere Fraktion die nachstehend bezeichneten Genossen delegierte:

1. Unterausschuss (Vorgeschichte des Krieges): Breitfeld und Eichhorn.
2. Unterausschuss (Verpönte Friedensmöglichkeiten): Breitfeld und Toni Sender.
3. Unterausschuss (Völkerrechtsvergehen) Dr. Herzfeld und Dittmann.
4. Unterausschuss (Ursachen des Zusammenbruchs): Eichhorn und Stöcker.

Falsche Steuerveranlagung

Die Genossen Brandes und Dittmann haben im Reichstag folgende kleine Anfrage gestellt:

Das Finanzamt Hannover hat die Arbeitgeber angewiesen, die nichtschädigung für doppelte Haushalte an unehelichen Wohnortes beschäftigte Monteur als steuerpflichtiges Lohnkommen zu berechnen und den Steuerabzug vorzunehmen. Solche Handhabung widerspricht der vom Reichsminister der Finanzen herausgegebenen Anweisung beim Inkrafttreten der neuen Steuerbefreiung. Montagezulagen sind keine Vergütung für Arbeitsleistung, sondern ein Ersatz für Hauslagen und für Mehraufwendungen, die durch den doppelten Haushalt entstehen. Die Anordnung des Finanzamtes bedeutet mithin Härte und Ungerechtigkeit gegen tausende Arbeiter und Angestellte, die durch ihren Beruf gezwungen werden, an anderen Orten gewerbliche Arbeit zu leisten.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Beteiligten vor weiterer Schädigung zu schützen?

Es ist notwendig, daß der Finanzminister diese Anfrage sofort beantwortet, denn ihr Gegenstand ist von großer Bedeutung weit über den örtlichen Bereich des Finanzamtes Hannover hinaus.

Die Abschaffung der Wehrpflicht

Das neue Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wird auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stehen. Von den verschiedenen Paragraphen bestimmt § 1: Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft; alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. § 2 legt die Höhe der deutschen Wehrmacht auf 100 000 Mann und für die Marine auf 15 000 Mann fest. Nach § 3 erlischt die Dienstpflicht der neuen Reichswehrangehörigen am 12. Jahre, während die Offiziere sich für die Ableistung von 25 Jahren verpflichten müssen. § 4 enthält verschiedene Uebergangsbestimmungen.

Bei der Beratung des Gesetzes wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß endlich auch der grobe Unfug aufhöre, Angehörige des alten Heeres heute noch wegen Fahnenflucht zu bestrafen. Soweit solche Strafen von den Kriegsgewichten verhängt worden sind, müssen sie für rechtlich ungültig erklärt werden. Es haben sich bisher mehrere hundert derartige Fälle abgepielt.

Bela Khun frei

Berlin, 29. Juli.

Am 20. d. M. ist der Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich zwei politische Persönlichkeiten, darunter Bela Khun befanden, in Stettin angehalten worden.

Am 22. d. M. hat der ungarische Vertreter in Berlin angekündigt, daß die ungarische Regierung einen Antrag auf Auslieferung Bela Khuns stellen werde. Seitdem ist eine Woche verstrichen, ohne daß der Antrag bei der deutschen Regierung eingegangen wäre. Da es nicht angeht, den vorläufig in Haft genommenen Personen ohne rechtliche Grundlage weiter die Freiheit vorzuenthalten, hat die deutsche Regierung beschlossen, die Abreise Bela Khuns und seiner Begleiter in das von ihnen selbst gewählte Ausland nicht länger zu verhindern.

Ausführung der Volksabstimmung

Paris, 29. Juli.

Die Vorkonferenz hat heute auch den Text der Note, durch die später der deutschen und der polnischen Regierung die Befehle über die Abstimmungsbezirke Allenstein und Marienwerder mitgeteilt werden sollen, festgestellt. Nach dem „Temps“ ist beschlossen worden, gemäß der Volksabstimmung die beiden Bezirke Deutschland zuzusprechen, jedoch soll die Grenzfestlegungskommission die Befugnis erhalten, auf dem rechten Weichselufer die Bestimmungen des Friedensvertrages, der Polen die Kontrolle über den Weichselfluß zuspricht, zur Geltung zu bringen.

Die Uebergewinne der Lederhändler

Bei Aufhebung der Lederzwangswirtschaft haben sich bekanntlich die Vertreter der an der Haut- und Lederwirtschaft beteiligten Kreise gegenüber dem früheren Reichswirtschaftsminister Schmidt erboten, die damals entstandenen Uebergewinne zu einem erheblichen Teil an die Reichskasse zu gemeinsamen Zwecken abzuführen. Durch Beschluß des Reichsrates und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung trat Ende April eine entsprechende Verordnung in Kraft. Gegen die Rechtsgültigkeit und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der

Rohlennot und Kohlenförderung

Beratungen im Reichskohlenamt

Am Donnerstag tagte im Konferenzsaal des Vereins deutscher Ingenieure der große Ausschuss des Reichskohlenrats. Nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden gab der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stuy, einen Ueberblick über die Kohlenversorgung Deutschlands.

Die Entente habe im Mai von Deutschland erhalten 1 067 000 Tonnen Kohle, im Juni 1 087 000 Tonnen. Nach dem Ergebnis von Spaa erhält sie nun monatlich rund 900 000 Tonnen mehr. Jetzt sei es Aufgabe des Reichskohlenrats, sofort einen Lieferungsplan aufzustellen, und zwar schon für August, und ferner einen Plan auszuarbeiten, wie trotz der Lieferungen an die Entente die Kohlenversorgung der deutschen Industrie sichergestellt werden kann. Der Lieferplan für August sei bereits fertiggestellt. Die Wiedergutmachungskommission habe indes ebenfalls einen Plan aufgestellt und in diesen Tagen soll die Entscheidung darüber gefällt werden, welcher Plan maßgebend sein wird. Der Kohlenkommissar nennt lobend einige Zahlen über die Verteilung der Lieferungen auf die einzelnen Kohlengebiete Deutschlands.

Ueber die Versorgung der Industrie und des Transportwesens erklärt Geheimrat Stuy, daß auf verschiedenen Gebieten Abstriche in der Kohlenlieferung notwendig sein werden. Für die Eisenbahn soll im August nur der Bedarf geliefert werden, keine Kohlen zur Vorratung. Der Reichseisenbahnminister hat für den Monat August auf die Vorratung verzichtet, da die Eisenbahn jetzt eine gewisse Höhe erreicht hat, die zunächst ausreichen muß. Immerhin hat doch die preussische Eisenbahn jetzt für 21, die süddeutschen Eisenbahnen für ca. 40 Tage Kohlenvorrat. Die Hausbrandversorgung werden wir allmählich ganz und gar von der Steinkohle auf die Braunkohle umstellen müssen. Der Hausbrand ist im Mai mit 53 Prozent beliefert worden, die gleiche Menge soll er auch im August erhalten. Hier war ein Abstrich nicht mehr möglich, ebenso kann von der Befeuerung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nichts gestrichen werden. Dagegen hat eine starke Kürzung die Ausfuhr erfahren müssen, sie mußte im Monat Mai von 232 000 Tonnen auf 106 000 Tonnen vermindert werden. Wir liefern im wesentlichen nach der Schweiz und Holland, mit denen wir Verträge haben und denen wir nur die Mindestmengen liefern können. Mit anderen Ländern bestehen keine Verträge, ausgenommen mit der Tschechoslowakei, die uns aber dafür Braunkohle liefert. Die ganze Liste des Abkommens von Spaa muß von der Industrie und den Hüttenwerken getragen werden. Der Abstrich für die Industrie beträgt 641 000 Tonnen Steinkohle und 96 000 Tonnen Braunkohle.

Diese Lage zwingt uns, fuhr der Redner fort, die Brennstoffbasis zu erweitern durch bessere Ausnutzung der Brennstoffe und stärkere Heranziehung der Braunkohle. Geheimrat Stuy gab unumwunden zu, daß sich die Förderung im Steinkohlenbergbau bei der schlechten Ernährungslage der Bergarbeiter nicht viel vergrößern lassen werde. Eine Verstärkung der Belegschaften, die im letzten Jahre in Stärke von 65 000 Mann erfolgt ist, werde im Jahre 1920 ebenfalls nicht möglich sein, weil es an Wohnungen für die Bergarbeiter fehle.

Diese Kalamität ist seit Jahren bekannt. Bei Gelegenheit der Auseinandersetzung über die Einführung des Sechstages ist von uns mehrfach darauf hingewiesen worden, wie notwendig der Bau von Bergarbeiterwohnungen ist, damit durch eine Vermehrung der Belegschaftsziffern die Herabsetzung der Arbeitszeit möglich gemacht werden könne. Aber nichts ist geschehen. Die Bauarbeiten sind unterbrochen durch den wahnwitzigen Bau-Kosmopoliten, auf den Fachleute fast Tag für Tag aufmerkzaam machen, ohne daß auch nur eine Hand sich rührt, um eine Besserung herbeizuführen.

Nach von der Wirkung von Ueberstrichen scheint sich Geheimrat Stuy nicht viel zu versprechen. Die Einrichtung der Ueberstrichen hätte sich anfangs gut bewährt, führte er aus, ihre Wirkung habe aber infolge der unzureichenden Ernährung stark nachgelassen. Auch die durch das Abkommen von Spaa möglich gewordene mögliche Verbesserung der Ernährung wird nach Ansicht des Reichskohlenkommissars diesen Zustand nicht merklich bessern. Auch das war voranzuziehen. Die Verlängerung der Arbeitszeit über das mögliche Maß hinaus muß für die Dauer eine Verringerung der Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde herbeiführen, so daß Ueberstrichen erstens die weitere physische Ermüdung der Arbeiterschaft bewirken und zweitens bei dauernder Anwendung sogar eine Senkung der relativen (pro Stunde), vielmehr sogar der absoluten Förderleistung zur Folge haben muß. Die Anfänge davon zeigen sich jetzt.

Durchführung jener Verordnung wurden seitdem bei dem Reichswirtschaftsministerium zahlreiche Einsprüche der Interessentenkreise erhoben. Der Reichswirtschaftsminister hat nunmehr entschieden, daß diesen Einsprüchen keine Folge gegeben, und die Einziehung der Abgabe alsbald durchgeführt wird. Der Ertrag ist für die Schutzhelferung der minderbemittelten Bevölkerung bestimmt.

Die „Freiheit“ vor Gericht

Die Anklagebank für Redakteure

Vor der Strafkammer 1 und 2 des Landgerichts 1 mußte sich am Donnerstag unserer ehemalige verantwortliche Redakteur, Genosse Wielepp, wegen „liberaler Nazipredigt“ verantworten. In der Abendausgabe vom Mittwoch, den 26. November 1919 brachten wir eine kurze Notiz, in der wir dagegen Stellung nahmen, daß vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung Kirchenamt, bei starkem Andrang Personen bevorzugt werden, von denen der diensttuende Beamte Geld in die Hand gedrückt bekam.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung verlangte der Vorsitzende, daß Genosse Wielepp auf der Anklagebank Platz nehmen solle. Genosse Wielepp, wie auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Boenheim, machten dagegen geltend, daß es bei prehelethischen Vergehen allgemein üblich sei, daß der verantwortliche Redakteur nicht auf der Anklagebank, sondern am Tisch der Verteidigung Platz nehmen kann. Da der Vorsitzende bei seiner Anschauung blieb, verlangte der Verteidiger Gerichtsbescheid. Nach kurzer Beratung verständigte der Vorsitzende, daß Genosse Wielepp auf der Anklagebank Platz nehmen müsse.

In der Sache selbst ergab die Beweisaufnahme, daß die in der Notiz aufgestellte Behauptung durchaus zutreffend war; drei von der Verteidigung geladene Zeugen sagten unter ihrem Eid aus, daß dem Beamten Geld angeboten wurde und daß er es auch angenommen habe. In einem Falle gab dies der betreffende Beamte sogar zu. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt auf eine Geldstrafe von 300 M. zu erkennen, Publikationsbefugnis und Unbrauchbarmachung der Platten.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Boenheim, beantragte nach eingehender Würdigung des Sachverhalts Freisprechung. Nach halbständiger Beratung verkündete das Gericht, daß die Sache vertagt sei, und zwar soll der Zeuge, von dem der Beamte Geld angenommen hatte, noch vernommen werden. — Ueber den Ausgang der amüsanen Angelegenheit werden wir berichten.

Der Braunkohlenbergbau dagegen bietet größere Aussichten auf Mehrförderung.

Die Industrie, fuhr der Redner aus, die in praktisch erreichbarer Nähe der Braunkohlenreviere liegt, wird sich auf die Heizung von Rohbraunkohle umstellen müssen, und auch der Hausbrand wird in erster Linie Rohbraunkohle verwenden müssen. Auch die Großverbraucher werden ihre Feuerungsanlagen für Rohbraunkohle umbauen müssen. Die Großindustrie wird dagegen dazu kaum in der Lage sein. Es haben sich an die Verwendung der Braunkohle ungeheure Hoffnungen geknüpft, da sie aber ganz andere Feuerungsanlagen verlangt, so können viele Monate vergehen, ehe es möglich ist, die Industrie auf Braunkohle umzustellen und das kann Deutschland sich nicht leisten. Die hochgespannten Hoffnungen auf die Braunkohle müssen hier richtiggestellt werden, sonst erleben wir bittere Enttäuschungen. Die Braunkohlenförderung wurde noch behindert durch das mangelhafte Transportwesen. Die Rohbraunkohle wird aber bis zum 15. September d. J. auf jede Entfernung freigegeben werden und der Reichseisenbahnminister hat sich bereit erklärt, dafür Sorge zu tragen, daß während der nächsten drei Jahre der Braunkohlenbezug auf 180 Kilometer ganz freigegeben werden soll. Hoffentlich kann es das Vorzeichen halten.

In der anschließenden Debatte erklärte u. a. der Vertreter der Bergarbeiter Köppler, daß auch aus der Menge der Deputatlokale Brennstoffmengen frei werden. Sehr viele Kohlenarbeiter nahmen ihre Deputatlokale nicht voll ab, sondern verkauften aus Not die Kohlenstücke an Private, Händler usw. Hier müßten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einleiten, um die nicht abgenommene Kohle des Bergmannes durch Geldzahlungen abzulösen.

Gewerkschaftssekretär Sasse teilte mit, daß in Mitteldeutschland zahlreiche Brickettsfabriken, obwohl die Maschinen intakt seien, lahmgelegt seien, weil die Industrie an der Rohbraunkohle mehr verdiene, als an der verarbeiteten. Die Rohbraunkohle lasse sich als Hausbrand nicht verwenden. Der Direktor der Siemens-Schuckert-Werke Haller trat der Auffassung des Reichskohlenkommissars entgegen, daß die Braunkohle ohne weiteres unter bestehende Steinkohlenampfstellen verwendet werden könne. Dagegen siehe sich Steinkohle mit Bricketts vermischt ohne weiteres zu verwenden. Leider habe man bisher nicht gemerkt, daß für die Förderung der Brickettsindustrie etwas getan worden sei.

Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Hirsch machte Mitteilungen über die Vorbereitungen zum Bau von Bergarbeiterwohnungen und zur Verbesserung von Ernährung und Kleidung der Bergleute. Eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse in den Kohlenrevieren sei eingeleitet worden. Morgen werden auch die Besprechungen über bessere Bekleidung der Bergarbeiterchaft stattfinden. Daneben sei das wünschenswerte die Wohnungsfrage. Hier ergebe sich ein merkwürdiger Zustand: Ein Ueberangebot an Baustoffen, das sich in dauernden Exportströmen der Baustoffindustrie bemerkbar mache. Was die Geldmittelfrage beträfe, sei gestern beschlossen und heute im Bauarbeiterausschuss bestätigt worden, daß mit sofortiger Wirkung 300 Millionen Mark für Bergarbeiterwohnungen bereit gestellt würden. Auch für Befeuerung von Bau- und Grubenholz sei Sorge getragen. Die Regierung sei ferner wegen vermehrter Einfuhr von Holz in Verhandlungen eingetreten und hoffe, hierin größere Lieferungen vom Ausland zu erhalten. Aber Hirsch gab auch zu erkennen, daß die Regierungstellen trotz des Fiaskos der Ueberstrichen im Bergbau das gleiche unzulängliche, ja schädliche Mittel bei anderen Arbeiterkategorien anzuwenden gedenkt. Von den Verhandlungen mit den Eisenbahnern haben wir schon berichtet. Hirsch teilte nun mit, daß die Verhandlungen mit den Schiffen über Mehrarbeit zu unserer Zufriedenheit beendet sind.

Wir warnen nochmals eindringlich vor der Anwendung solcher Mittel. Auch bei der Schifffahrt ist mit einer Besserung und vor allem planmäßigen Anwendung der zu erreichen. Eben erst wird offiziell berichtet, daß in den Ruhrvorhandenen Produktionsmitteln und Arbeitskräfte noch weit mehr hätten zahlreicher Zeitraum nutzlos stillstehen. Es zeigt sich also auch hier, daß die vorhandenen Möglichkeiten ungenutzt ausgehen werden. Hätte man schon früher nach allen möglichen Mitteln zur Erweiterung der Brennstoffbasis und zur besseren Ausnutzung der gegebenen technischen Kräfte gearbeitet, wie jetzt, dann wären alle Vorkerbereitungen und Umstellungen, die man nun plötzlich als notwendig erkennt, längst durchgeführt und die Vermehrung des Brennstoffes wäre gegeben, ohne daß daran gedacht werden müßte, am Ruder des Arbeiters Raubbau zu treiben. Die Gelegenheit dazu wäre vorhanden gewesen bei dem Verlangen der Bergarbeiter nach der sechsstündigen Arbeitszeit im Januar. Da es sich aber letztendlich nur um eine Arbeiterförderung handelte, antwortete die Regierung Bauer mit der Verhängung des Belagerungsplans des des. Nun, da die Forderungen der Entente den Nachhaken im Rücken sitzen, kommen die Fachleute von allen Seiten zusammen und finden Methoden und Mittel technischer Art zur Behebung der Not.

Militärgerichte, Todesstrafe und Klassenjustiz

Stürmische Szenen

Obwohl nach den vorausgegangenen Verhandlungen des Ausschusses das Schicksal des Antrages auf Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit nicht mehr zweifelhaft war, gab seine Behandlung im Plenum dennoch Anlaß zu heftigen, teilweise sogar stürmischen Auseinandersetzungen. Die beiden Rechtsparteien, deren Sabotage in der Nationalversammlung es seinerzeit gelungen war, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit hinauszuschieben, sandten nunmehr einen General und einen Miraal vor, um ein Loblied auf diese Schandjustiz von Lippen singen zu lassen, die sich damit als ehemalige oberste Gerichtsherrn dieser Militärgerichte ihre Selbstweihrauchung darbrachten. General a. D. von Gallwitz' Auftreten, der sich rühmte, zwei Drittel seines Lebens mit Juristen verbracht zu haben, scheint zu glauben, daß Deutschland ohne ihn und seinesgleichen nicht fortbestehen könne.

Seinen Lobgesang ergänzte in noch provozierender Weise der ehemalige Admiral von Brünninghaus, für den die Offiziere die tadellosten, mustergültigsten Menschen sind und der dann, durch die lebhaften Zwischenrufe unserer Genossen — besonders solcher, die in dem Kriegesfeld aus eigener Erfahrung das „edle Herz“ der Herren Offiziere kennen gelernt hatten — in die Enge getrieben, seine Verlogenheit und hilflose Haltung auf die Anklagen mit seiner „Schwerhörigkeit nach links“ zu entschuldigen versuchte!

Genosse Rosenfeld rechnete dann noch einmal gründlich mit den Herren ab, die durch ihr eigenes Auftreten ihre Unfähigkeit zu einem Verständnis für die Massen ihrer Unterbenen dokumentiert hatten. Die Militärgerichtsbarkeit habe eben kein Vertrauen verleiht, da sie vollkommen verurteilt, als es galt, die Mörder Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs u. a. zur Rechenschaft zu ziehen; sie habe sich in den Dienst der Mörderzentrale gestellt.

Wir geben der Vorlage unsere Zustimmung, obwohl sie uns nicht weit genug gehe und obgleich wir auch in die Zivilgerichte fallen Klassenurteile, und eine Besserung könne nicht nur durch eine Beseitigung der Militärjustiz, sondern von ihrer grundlegenden Veränderung der gesamten Rechtspflege, die jede Klassenjustiz unmöglich mache, erwartet werden.

Im besonderen beantragte und begründete dann noch Genosse Herzfeld einen Änderungsantrag zu der Vorlage, wonach bei Verhaftungen der Waffengebrauch untersagt werden soll. Obgleich das wichtige Material der vielen „Erziehungen auf der Flucht“ von keinem der bürgerlichen Abgeordneten bestritten wurde, wurde dennoch die Abschaffung dieser Willkürbestimmung, die die Verfügung über das Leben eines Verhafteten vollkommen in die Hände jedes Reichsbesoldeten legt, mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die einen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt.

Sobald begann das Haus die Beratung des Notetats. In wichtigen Ausführungen, bei denen der hilflose Vizepräsident Bell sich vergeblich abmühte, ihn zu unterbrechen, geißelte Genosse Bogtzer das Verhalten des Deserteurs von Amerongen und unterzog Eberis Liebe für Todesurteile einer ebenso scharfen wie berechtigten Kritik. Zu was der Belagerungsstand auch jetzt noch gebraucht werde, bewies die Tatsache, daß der rechtssozialistische Senator Hense in Hamburg gestern eine Versammlung verboten habe, die zur Neutralität Deutschlands und der Angelegenheit Bela Khun Stellung nehmen wollte.

Ebenso wie am Anfang, so kam es auch am Schluß der Sitzung zu stürmischen Auseinandersetzungen, da der Genosse Düwelle die Raumburger Justiz und ihre Träger heftig angriff. Der Justizminister Heine suchte diese Fälle als Einzelfälle abzutun, die nicht vor das Forum des Reichstags gehören, mußte sich aber selbst vor seinem Amtsvorgänger, dem Vizepräsidenten Bell sagen lassen, daß er damit auf dem Holzwege sei. Bei dem Etat des Wirtschaftsministeriums legte Genosse Herz dar, daß die Sozialisierung des Bergbaues durch die Abschaffung des unabhängigen Antrages durch den Reichstag durchaus nicht aufzuhalten sei, weil die Bergarbeiter entschlossen seien, sie zu erkämpfen. Bei dem Etat des Arbeitsministeriums vertrat Genosse Bertel die Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Heute beginnt die Sitzung bereits um 11 Uhr, da eine sehr umfangreiche Tagesordnung erledigt werden soll.

Sitzungsbericht

Präsident Loebe teilt mit, daß das Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht eingegangen ist.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des von dem Abg. Müller-Franken (Soz.) eingebrachten Gesetzentwurfes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Radbruch (Soz.): Ich will nicht das, was hundertmal schon gesagt worden ist, hier zum hundertstenmal wiederholen. Wir beantragen die Beseitigung der Unterdrückung, die heute nicht nur verhängt werden kann wegen Fluchtverdacht, sondern auch wegen sogenannter Gefährdung der Disziplin. Wir stimmen dem Antrag aller Parteien zu, wonach die Sekretäre der künftigen Verwaltungen ihren bürgerlichen Kollegen gleichgestellt werden sollen. Dem demokratischen Antrag, der eine Einschränkung bei der Angelegenheit herbeiführen will, können wir nicht zustimmen. Wir wünschen die Grenzen der Disziplinargewalt unter dem Einfluß der Zivilgewalt zu sehen. Frankreich hat nur einen Dreifünftelprozent gehabt und ist dadurch bis in die Grundfesten erschüttert worden; wir haben seit 1 1/2 Jahren hunderttausend Prozesse gehabt, die man gar nicht mehr als aufzählen kann. Vom Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs über den Marlob-Prozeß bis zum Marburger Fall. (Sehr richtig!) In breiten Massen unseres Volkes gerät dadurch das Gefühl für die Objektivität der Gerichte in Gefahr. (Sehr richtig!) Ich, als Jurist und Rechtslehrer kann nicht anderes als mit dem Wort eines meiner Parteifreunde ein Ende zu bereiten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Gallwitz (D. Nat.): Der Sturmlauf gegen die Militärgerichtsbarkeit ist eine politische und nicht juristische Angelegenheit. In der Schweiz wurde stets der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit abgelehnt und auch die Sowjetarmee kennt keine bürgerlichen Gerichte. (Hört! Hört!) Wir sind gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. (Beifall h. d. D. Nat.)

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Man hält es kaum für möglich, Unruhe und Juristerei von rechts. — Redner wird fortgesetzt unterbrochen. — Gede des Präsidenten, man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Mann sich hier herstellen kann und für mich Schmach eintragen, ein Mann, der selber als Kuchelbabe in der Anrede der Rechten verloren. Der Präsident bittet, den Redner weiterprechen zu lassen. Wir sind der Meinung, daß durch diese Gesetzesvorlage nichts geändert wird, denn auch die Zivilgerichte sind Instrumente der Klassenjustiz. Für uns gibt es darum

nur eine Lösung: weg mit dem Klassenstaat. (Beifall bei den U. Soz. — Lachen rechts.)

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Die Auffassungen gehen natürlich hier stark auseinander. Wir haben uns nur von sachlichen Erwägungen leiten lassen und stimmen dazu mit einigen Abänderungen für den Gesetzentwurf.

Abg. v. Brünninghaus (D. Sp.): Man soll es nicht für möglich halten, daß Dr. Rosenfeld den hochverehrten General v. Gallwitz in dieser Weise mit Schmutz beworfen hat. (Großer Lärm bei den U. Soz.) — Präsident Loebe erklärt den Ausdruck für unzulässig. Es ist ein großer Fehler, die Militärgerichtsbarkeit abzuschaffen.

Abg. Dr. Haas (Dem.): In jeder Koalition ist eigentlich ein gewisses Maß von Disziplin notwendig. Sehr erfreulich waren die heutigen Verhandlungen nicht. Die Militärgerichtsbarkeit war weder bedingungslos schlecht, noch bedingungslos gut. Es ist aber Tatsache, daß gerade in den letzten Monaten die Militärgerichte Urteile fällen, bei denen es schwer fällt, auch nur noch an den guten Willen der Gerichtsherrn zu glauben. (Sehr richtig!) Wir sind deshalb für den Gesetzentwurf mit den von uns eingebrachten Abänderungen. (Beifall.)

Reichswehrminister Gehler: Es handelt sich um Einlösung eines in Weimar gegebenen Versprechens. Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit kann jedoch nur dann günstig wirken, wenn die bürgerliche Strafrechtspflege rascher arbeitet als bisher. Den Änderungsantrag zu § 9 bitte ich abzulehnen. Der Entwurf eines Disziplinargesetzes wird in nächster Zeit dem Hause vorgelegt werden, er ist bereits fertiggestellt. Nach Annahme dieses Gesetzes wird hoffentlich auch der Marburger Fall seine Nachprüfung durch die ordentlichen Gerichte finden. (Beifall.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz., persönl.): Man sollte es nicht für möglich halten, daß Kollege Brünninghaus mich so mißversteht. Ich habe allerdings zum Ausdruck gebracht, daß die Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit nur einen geringen Fortschritt bedeutet, aber doch immerhin einen Fortschritt. Wenn Brünninghaus für die zehntausende von Offizieren gesprochen hat, die der grüne Kasten deckt, so trete ich für die Millionen Mannschaften ein, die durch die zehntausend Offiziere unter die Erde gebracht worden sind. (Lachen rechts.)

Abg. Herzfeld (U. Soz.) begründet einen unabhängigen Antrag, wonach der Waffengebrauch bei Verhaftungen nicht erlaubt sei und erinnert an die große Zahl der „auf der Flucht“ erschossenen politischen Gegner.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) und Haas (Dem.) wenden sich aus formalen Gründen dagegen.

Ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. Soz.) auf Streichung der ersten drei Absätze des § 8, die eine Strafverfolgung von den Benachrichtigten an die höhere Benachrichtigung des Beschuldigten abhängig macht, durch eine Zustimmung der beiden sozialistischen Parteien gegen die gesamten bürgerlichen Stimmen angenommen.

Die Abstimmung über den unabhängigen Antrag gegen das Recht des Waffengebrauchs bleibt zunächst zweifelhaft. Hammelprang ergibt Ablehnung mit 192 bürgerlichen Stimmen gegen 142 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien.

Die folgenden Paragraphen werden mit geringen Änderungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Gesetzentwurfes über den Not-Etat.

Zum Votum des Reichspräsidenten führt Abg. Bogtzer (U. Soz.) aus: Wir haben schon früher die Unnötigkeit eines Reichspräsidenten dargelegt. Dieser Reichspräsident hat es abgelehnt, Gnade zu gewähren zu bewilligen, die aus Anlaß der Ruhrkämpfe an ihn gerichtet waren, von Arbeitern, die für eine gute Sache gekämpft haben. Auch wenn sie dabei über die Grenzen des formalen Rechtes gegangen sind, so ist es unerhört, daß sehr geringe Taten mit hohen Strafen belegt wurden. Und darüber hinaus hat der Reichspräsident es sogar fertig gebracht, Todesurteile vollstrecken zu lassen, er, der als früherer Sozialdemokrat vor eben denselben Arbeitern hart gegen die Todesstrafe Stellung genommen hat. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Meiner Ueberzeugung nach verstößt die Verhängung der Todesstrafe nicht nur gegen die Menschlichkeit, sondern auch gegen die Demokratie und den Sozialismus. (Zuruf: Rußland!) Ob in Rußland oder Deutschland, das bleibt hier gleich. Doch der Herr, der heute noch Reichspräsident ist, fühlt sich eben jetzt als einer jener Größen, die wir glaubten, durch die Revolution endgültig überwunden zu haben.

Abgelesen von Wilhelm dem Rechten, der ein Beispiel gegeben hat, wie weit idiotische Unfähigkeit gehen kann (der Präsident rügt diesen Ausdruck). Daneben wurde, Erregte Juristen. Der Präsident fordert den Abgeordneten auf, bei der Sache zu bleiben. Vergessen Sie (zu den Bürgerlichen) nicht, daß die Sie heute Verbrecher nennen, selber gezeugt wurden von Ihrem Klassenstaat mit seinem Terror. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Dazu dient besonders der Belagerungsstand, der noch immer besteht. Durch ihn ist heute in Hamburg eine Protestversammlung der Arbeiter verboten worden, die sich gegen die Auslieferung Bela Khuns und für absolute Neutralität im Kampfe Rußland — Polen einsetzen wollte. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt sich darin, daß erst jüngst wieder drei Jüge mit Mannschaften und Waffen angehalten wurden und erst nach Entwaffnung der Mannschaften die Erlaubnis zur Weiterfahrt erhielten. Wenn in Ostpreußen der Belagerungsstand in die Hände des berechtigten Generals Dassel (der Präsident rügt diesen Ausdruck) gelegt ist, so ist das das Gleiche, als wenn ein Defraudant Kassierer der Deutschen Bank wäre. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Wir halten die ganze persönliche Präsidentschaft für eine der überflüssigsten Einrichtungen Deutschlands und wir hoffen, daß sie bald abgelöst wird von einer auf dem Weltaufbau beruhenden Diktatur des Proletariats. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Bogtzer hat nicht in einem einzigen Fall nachgewiesen, daß der Reichspräsident seine Vollmachten überschritten hat. Er hat sich stets im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Gewalt gehalten. Ich habe es immer außerordentlich bedauert, wenn der Belagerungsstand verhängt werden mußte. Wir haben uns aber mehrmals in einer Notlage gesehen. Von den 1279 beim Reichspräsidenten anhängigen Fällen hat in 577 Fällen der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht. (Hört! Hört!)

Ich als Vertreter der Arbeiterklasse würde mich schwer hüten einen von diesen Verbrechern für die Arbeiterklasse zu reklassieren. (Lärm bei den U. Soz., Zuruf des Abg. Geyer: Ein Kulturmenschen unterschreibt solche Urteile nicht.) Die Todesstrafe hat mit dem Sozialismus nichts zu tun.

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Abg. Bogtzer (U. Soz.): Ich stelle an den jetzigen Inhaber des Amtes des Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat nur die Anforderung, daß er in dem Besitz solcher Vollmachten verpflichtet wäre, sein Ermessen dahin auszuwirken zu lassen, Todesurteile nicht zu bestätigen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) denn er ist an ein gerichtliches Urteil nicht gebunden. Auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei wird jenes Vorgehen Eberis einer außerordentlich scharfen und berechtigten Kritik unterzogen. Die Gewerkschaft der Sattler hat ihn ja daraufhin ausgeschlossen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) und erst später, sozusagen im Revisionsverfahren, seine Wiederaufnahme beschlossen. (Hört! Hört!) Niemand, auch kein Sozialist, ist verpflichtet, alles, was in Sommershamb geschieht, zu billigen. Die heutige „Freiheit“ enthält eine Zeitschrift aus dem Ruhrrevier, in der eine ganze Reihe von Fällen genannt wird, wo die Verweigerung des Begnadigungsrechtes besonders auffallend ist. (Hört! Hört!)

Verantwortung des Ministers entlastet den Reichspräsidenten noch lange nicht von seiner eigenen Verantwortlichkeit.

Der Präsident stellt hierauf die Annahme des Haushalts des Reichspräsidenten fest.

Zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums erklärt

Abg. Dr. Herz (U. Sp.)

Durch die Ablehnung unseres Antrages auf Sozialisierung der Bergwerke ist die Frage der Sozialisierung durchaus nicht erledigt. Es hängt nicht von dem Willen dieses Hauses ab, ob die Sozialisierung, insbesondere die Sozialisierung des Bergbaues, in kurzer Zeit kommen wird oder nicht. Die Entscheidung darüber fällt die Massen außerhalb des Parlamentes, insbesondere die Bergarbeiter im Ruhrgebiet, die die Sozialisierung des Bergbaues als die Voraussetzung für eine Steigerung der Kohlenförderung ansehen. Wenn die Voraussetzungen für die Sozialisierung des Bergbaues nicht sofort geschaffen werden, dann werden diejenigen, die unseren Antrag abgelehnt haben, allein dafür verantwortlich gemacht werden, wenn alle die verhängnisvollen Folgen eintreten, denen man jetzt durch die Unterzeichnung des Abkommens von Spaa entgegen wollte. Gerade wegen der Ablehnung unseres Antrages werden wir dafür sorgen, daß eine große Massenbewegung der Bergarbeiter die Sozialisierung der Bergwerke erzwingt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir verlangen vom Reichswirtschaftsministerium, daß sich die Arbeiter der Sozialisationskommission, die jetzt ihrem Ende entgegengehen und in wenigen Tagen abgeschlossen sein werden, sofort im Druck vorgelegt werden. Wir fordern aber auch die sofortige Veröffentlichung der außerordentlich wertvollen Ergebnisse der alten Sozialisationskommission. Wir überschätzen durchaus nicht die Arbeiten der Sozialisationskommission; genau so wenig, wie wir von den Beschlüssen des Reichstages die Durchführung der Sozialisierung erwarten, genau so wollen wir, daß die Sozialisationskommission nur wertvolle Vorschläge für diese Aufgabe leisten kann.

Die unerhört hohen Papierpreise, die den großen Millionenzufluß des Reiches zur Papierholzerzeugung notwendig machen, sind die Folge riesiger Gewinne der Papierfabriken. Dieser Zustand ist unerträglich. Die gesamte Presse leidet unter ihm und ist nicht mehr imstande, ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Deshalb fordern wir auch die Sozialisierung der Papierherstellung, die bei der Voraussetzungen für die Sozialisierung durchaus erfüllt sind. Die Presse muß von der gewaltigen Last, die ihr durch die dauernde Steigerung der Papierpreise auferlegt wird, endlich befreit werden, ebenso das Reich, damit es nicht dauernd die aus den hohen Papierpreisen entstehenden Lasten zu tragen hat. (Beifall bei den U. Soz.)

Zum Etat des Reichsarbeitsministeriums macht Abg. Bertel (U. Soz.) darauf aufmerksam, daß das Gesetz über die Entschädigung der Kriegsbeschädigten (Reichsversorgungsgesetz) in einigen Paragraphen unbedingte Abänderung bedürftig. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Ueber die Festsetzung der Rente in den Ausführungsbestimmungen wird ja in der Kommission verhandelt werden. Im übrigen handelt es sich nur um Mindestsätze.

Der Haushalt des Arbeitsministeriums wird bewilligt. Zum Kapitel Reichsmilitärgericht verlangt Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) eine Statistik über die Zahl der Strafvollstreckungen, die noch auf Grund von Militärgerichtsurteilen stattfinden.

Der Haushalt des Reichsmilitärgerichts wird genehmigt. Es folgt der der Justizverwaltung.

Abg. Ludwig (U. Soz.): Im Falle Dorten hat der Justizminister sehr schnell dafür gesorgt, daß ein Mißgriff seiner Beamten gutgemacht wurde. Bei Kommunisten eilt es ihm nicht so sehr. Die Klassenjustiz feiert besonders unter dem Belagerungsstand Triumphe. (Beifall bei den U. Soz.) Im Ruhrgebiet war vor dem militärischen Einmarsch alles ruhig. (Widerspruch rechts.) Schweigen Sie (nach rechts) doch still.

Kapitlen sind Sie ja alle,

versteckt oder offen. (Heiterkeit.) In Schwerte wurden am 15. April 1921 zurückgeforderte Flüchtlinge gefügigt. (Wutruf bei den U. Soz.) Wann findet endlich das Blut der von den Soldaten ermordeten Wehrlosen eine Sühne? Gegen 882 Personen sind im Ruhrgebiet 1921 Jahre Freiheitsstrafen verhängt worden. Es muß endlich einmal der erste Prozeß stattfinden gegen die Leute, die sich solcher Morde schuldig gemacht haben, ja solcher Morde, die lange nach den Kampfzeiten stattgefunden haben. Alle beteiligten Stellen und Parteien fordern ich auf, dafür zu sorgen, daß diese Zustände nicht weitergehen, auf daß der Grad des Hasses nicht eine Höhe erreicht, die zu entsetzlichen Dingen führen muß. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Abg. König (Soz.): An den Urteilen der Kriegsgerichte ist genügend Kritik geübt worden. Daher hat auch meine Partei die Forderung immer wieder erhoben, daß das Verleumdungs- und Abkennlichungsrecht als eine Gnade, sondern als Wiederherstellung des geschändeten Rechtes. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Redner spricht ähnliche Urteile in Mitteldeutschland, u. a. den Fall des unabhängigen Landtagsabgeordneten Kiska.

Reichsjustizminister Dr. Heine: Ich habe nicht im geringsten die Absicht, mich der Verantwortung zu entziehen, aber es ist unendlich schwer, sich mit den hunderten und tausenden Fällen genau vertraut zu machen. Wenn Fehlgriffe vorkommen, so werden sie von niemand mehr bedauert als von der Reichsjustizverwaltung. 1279 Gnabengesuche (Zuruf: Keine Gnade, sondern Recht!) — An dauernde Unruhe) sind bisher eingelaufen, davon sind 547 ganz oder teilweise bewilligt worden, und nur 163 abgelehnt worden. Die von unabhängiger Seite eingegangenen Anträge auf Amnestie sind bereits gründlich durchgearbeitet worden und kommen hier in den nächsten Tagen zur Verhandlung. Ich hoffe, daß die deutsche Justiz allen Vorwürfen gegenüber Ruhe bewahrt und trotz der unendlich schwierigen Lage, in der sie sich befindet, den Forderungen der Gerechtigkeit in volstem Umfang entspricht. Dazu berechtigt mich der hohe Stand ihrer stillen Auffassung. (Beifall bei den U. Soz.)

Der Präsident verliest eine Interpellation Erkelens und Genossen: „In die Reichsregierung in der Lage und bereit, Auskunft zu geben: 1. über die Höhe der Kosten der Belagerungsstruppen der allierten Mächte, 2. über die Behandlung der Bevölkerung durch die Belagerung, 3. über die Maßnahmen zur Rückkehr der wegen der separatistischen Bewegung Ausgewanderten.“

Der Präsident verlegt die Sitzung auf Freitag, den 30. Juli, 11 Uhr vormittags: 41 kleine Anfragen, Interpellation Erkelens und Genossen über Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht, und andere, dritte Beratung der Militärgerichtsbarkeit, Beratung über die Kohlensteuer, Gesetzentwürfe.

Schluß gegen 8 Uhr.

In Posen alles ruhig. Reisende, die gestern aus Posen hier eingetroffen sind, erklären, daß in Posen von einer Revolution oder einem Aufstand nichts zu hören sei. Allerdings sei die Stimmung infolge des Vormarsches der Bolschewisten gedrückt und die Preise für Lebensmittel seien ins Ungeheuerliche gestiegen, irgend welche Unruhen hätten sich aber nicht ereignet.

Landarbeiterstreik in Braunschweig. Im Kreise Wolfenbüttel sind die Landarbeiter in den Kreis getreten. Wie die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ berichten, liegen bis jetzt Meldungen aus etwa 20 Ortschaften über den Ausbruch des Streiks vor. Die Ausdehnung des Streiks auf die Landkreise Braunschweig und Helmstedt ist nicht unwahrscheinlich.

Generalversammlung der Bezirksorganisation von Teltow-Beeskow

Am vorigen Sonntag fand in Neukölln die Generalversammlung des Bezirks Teltow-Beeskow statt. (Wegen des ständigen Raummangetes mussten wir den Bericht einige Tage zurückstellen.) Den Geschäftsbericht für das verlossene Geschäftsjahr, der den Dingen zugelandt und auch den Delegierten gedruckt übergeben war, erstattete Genosse Krille. Er gab eine erschöpfende Uebersicht der Tätigkeit der Bezirksleitung während des letzten Geschäftsjahres und betonte, daß diese sehr oft den organisatorischen Aufbau und Ausbau, so notwendig dieser auch war, zurückstellen mußte, um akute, hochpolitische Fragen zu behandeln und deren Lösung im revolutionären Sinne zu versuchen. Nach den Vorgängen am 18. Januar vor dem Reichstag inzerierte die Regierung, gestützt auf das gesamte Bürgertum und die Rechtssozialisten, neben den bisher schon so oft getrauten Mitteln der Gewalt, nun noch einen Lügen- und Verleumdungskrieg gegen die U. S. P. D. Jedoch gelang es nicht, trotz Presseerbot und Belagerungszustand, unsere Partei zu zertrümmern. Als dann die Märzereignisse kamen, haben die Anhänger der S. P. D., wie recht wir mit unserer Kritik ihrer Koslepolitik hatten. Dabei erwähnte Gen. Krille das Abkommen mit der Regierung in bezug auf die 8 Punkte und bedauerte, daß dadurch der Glaube in den Reihen der Arbeiter aufkam, die Regierungskoalition sei willens und habe die Macht, zu diesen 8 Punkten zu stehen. Daß die Regierung die Arbeiterschaft mit dem Niedererschlagen der Konterrevolution betraute, konnten wir nicht erwarten, da das ja auch ihre Beteiligung bedingt hätte. In demselben Augenblick wäre auch die Parteipolitik der S. P. D., die eng verbunden war mit der Regierungspolitik, sowie ihre Partei selbst in Trümmer gegangen. Deshalb auch die verätherische Rolle der rechtssozialistischen Führer und Regierungsmänner, wie wir erst vor wenigen Tagen aus den Aufzeichnungen, die die „Freiheit“ veröffentlichte, ersehen. Vor allem die östlichen Bororte unseres Bezirks haben während der Kappzige große Opfer an Gut und Blut bringen müssen und so mancher unserer Besten mußte sein Leben für den Sozialismus bezugehen.

Die Bezirksleitung hat auch aus diesen Vorkommnissen für die Organisation die notwendigen Lehren gezogen. Auch der Zertrümmung von Referenten muß besonderer Wert beigegeben werden. Die Reorganisation, die Teilung der Arbeit zwischen Geschäftsleitung und Kommissionen, hat uns bisher den erwarteten Erfolg nicht gebracht. Es empfiehlt sich, nur die Kommissionen bestehen zu lassen, die auch praktische Arbeit zu leisten imstande sind. Ein Uebelstand mache sich in unserer Partei besonders bemerkbar. Das ist die Unklarheit gegenüber dem Parteiprogramm. Gerade die am führenden Stelle stehenden sollten mehr Toleranz üben und nicht so tun, als ob sachliche Differenzen vorhanden sind, wo es sich in Wirklichkeit nur um solche persönlicher Natur handelt. Darunter leide die Parteiarbeit. Auch ist zu rügen, daß leider noch viele unserer Mitglieder sich von der notwendigen Kleinarbeit fernhalten, sie glauben oft, daß es mit vielen Reden getan sei. Jedes unserer Mitglieder muß Funktionär, muß Mitarbeiter, Mitarbeiter des organisatorischen Aufbaues werden. Nur durch tatkräftige Arbeit auf allen Gebieten werden wir unser großes Ziel, das wir uns im Leipziger Aktionsprogramm geschaffen haben, erreichen. (Beifall.)

Genosse Jachow erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 182.602,75 Mark, denen an Ausgaben 169.636,88 Mark gegenüberstehen, so daß am Ende des Geschäftsjahres 12.965,87 Mark an Bestand verblieben. Die großen Zuschüsse an die Kleinsten und Februar 1919 nötig geworden. Er betonte, daß auch in unserem Bezirk der Beschluß der Verbandsgeneralversammlung, weiterhin die doppelten Beiträge zu zahlen, keine volle Geltung hat, denn die außerordentlich gesteigerten Ausgaben seien auch so fast nicht zu decken. Bei der kommenden Neueinteilung müsse erst für die rein ländlichen Ortsgruppen ein niedriger Beitrag festgelegt werden.

Vor Eintritt in die Diskussion gedachte Genosse Künzler in warmen Worten aller derjenigen, die im Verichtsahre auf natürliche Weise gestorben oder durch die Kappbanden hingerichtet worden sind. Es sind ihrer gerade in unserem Bezirk nicht wenige und wollen geloben, sie alle zu rächen und auch in den uns bevorstehenden Kämpfen, genau wie diese Gefallenen, unseren Mann zu stellen. Dadurch ehren wir dieselben am besten.

Die Diskussion nahm einen sehr angeregten Verlauf. In ihr beteiligten sich vornehmlich die Genossen Hand-Treptom, Siegmund-Neukölln, Goldschmidt-Schöneberg, Dolle-Neukölln, Klamer-Charlottenburg, Künzler, Jubel und Genossin Meyer-Nikolassee. Dabei wurde allseitig die Tätigkeit der Bezirksleitung anerkannt und nach Schluß der Debatte deren Wiederwahl einstimmig vorgenommen.

Zur Umgekehrung unserer Bezirksorganisation sprach Genosse Krille. Er betonte die Notwendigkeit der Aufhebung der jetzigen Bezirke. Wir brauchen uns nicht streng an das kommunale Groß-Berlin zu halten, sondern müssen innerhalb des Bereichs der Vorortbahnen alles zu einem einheitlichen Bezirk erfassen. Die Provinz müsse distrikte bilden nur nach der Zweckmäßigkeit. Dabei sei es ohne Belang, wie groß die einzelnen in bezug auf Raum und Mitgliederzahl geschaffen werden.

Man müsse fordern, daß die eingesezte Kommission frühzeitig ihren Entwurf veröffentlicht, damit alle Mitgliedschaften dazu Stellung nehmen können. In diese wurden für Teltow-Beeskow die Genossen Krille, Meyer-Nikolassee und Sommer-Charlottenburg gewählt.

Zum Schluß machte Genosse Künzler bekannt, daß die Bezirksleitung beschlossen habe, am Sonntag, den 1. August in den Gesamträumen der Berliner Kind-Bräuterei, Neukölln, Hermannstraße, ein Bezirksfest für den gesamten Bezirk Teltow-Beeskow zu veranstalten, da der Kreis, nachdem er circa 50 Jahre als Grundlage der Organisation gedient habe, in naher Zukunft aufgehört habe, zu bestehen. Die Darbietungen sind so geblieben und mannigfaltig, daß wohl allen die Stunden des Frohnehmens willkommen sein werden. Karten sind bei unseren Funktionären und an der Kasse erhältlich.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen das Schreckenregiment in Ungarn wendet. Es heißt darin, daß das Proletariat diesem Treiben allzulange tatenlos zugehört habe. Nun endlich habe der internationale Gewerkschaftsbund als Abwehr den Boykott gegen Ungarn verhängt. Die rückwärtslose Durchführung dieses Boykotts zu erstreben, sei eine Ehrenpflicht der internationalen Arbeiterschaft, vor allem der deutschen Arbeiterschaft, die die Abrechnung mit der Soldateska des eigenen Landes noch bevorsteht, und die, indem sie ihre Solidarität zum Ausdruck bringt für die ungarischen Genossen, gleichzeitig damit auch den Kampf anlage den Feindern des eigenen Landes.

Der Boykott gegen Ungarn müsse noch schärfer als bisher durchgeführt werden. Daher fordert die Bezirks-Generalversammlung von Teltow-Beeskow das Zentralkomitee auf, seinen Einfluß als leitende Instanz der stärksten revolutionären Partei in Deutschland dahin geltend zu machen, daß alle Parteinstanzen, die Parteipresse, die Gewerkschaften und die Arbeiterorganisation nichts unterlassen, um die Durchführung des Boykotts zur Tagesordnung zu erheben.

Die Generalversammlung ersucht ferner den Parteivorstand, sofort energische Schritte zu unternehmen, um dem Genossen Besa Khan zu ermöglichen, Rußland in kürzester Zeit zu erreichen. Ferner sei das deutsche Proletariat in erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen, um den Anschlag der deutschen und der Ententebourgeoisie gegen Sowjetrußland zu vereiteln. Hierbei müsse unter Umständen zum letzten Mittel, dem Generairstreik des Transportgewerbes, gegriffen werden, um Waffen- und Truppentransporte nach Votien zu verhindern. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. sei zu beauftragen, unverzüglich alle Schritte einzuleiten zur Aufhebung des völlig unmotivierten Belagerungszustandes in Ostpreußen.

Der Kampf um die Betriebsräte bei der Post

In die Orts- und Bezirks-Beamtenauschüsse im Reichspostgebiet wurde von einigen Beamtenauschüssen in Berlin, folgendes Rundschreiben versandt: „Eine große Erregungssache der Revolution droht zu verschwinden, wenn der Erfolg des Reichspostministeriums vom 1. 7. 20. (Amtsblatt 36) über die Beamtenauschüsse durch Neuwahlen Lebenskraft erhält. Alle unsere Erwartungen sind durch die Verordnung zunichte gemacht.“

Kein Mißbilligungsgesetz! — Dafür ein Hinweis auf das alte „Wohlfühlen“ der Dienstvorgesetzten. Keine Selbständigkeit der Ausschüsse. — Dafür eine Kontrolle durch Vorgesetzten.

Klassenwahl! Nichtöffentliche Sitzungen! — Abschaffung der Betriebsversammlungen. Aberkennung der Mitgliedschaft eines Ausschusses durch den Hauptbeamtenauschuss.

Das sind die wesentlichsten Punkte der Verordnung die einen Mißschritt ohnegleichen bedeutet.

Wir müssen alles aufbieten, um diese gefährliche Bedrohung unserer dienstlichen Interessen zu unterbinden. Unsere Gewerkschaften müssen mobil gemacht werden und wir wollen sie dabei tatkräftig unterstützen. Wir Ausschussmitglieder aber selber, als die wirklich sachverständigen Beurteiler, müssen vorangehen in dem Kampfe um Verzeirung von der Willkür der Vorgesetzten. Die Schaffung eines Beamtenrätegesetzes ist im Grunde. Nehmen wir die neue Verordnung ohne Protest hin, so geben ihre Bestimmungen über das kommende Gesetz und der jetzige Zustand ist dann verewigt.

Die von etwa 500 Groß-Berliner Ausschussmitgliedern besuchte Protest-Versammlung in der Stadthalle Berlin am 16. Juli, nahm einstimmig folgende Entscheidung an:

„Der Erfolg des NPM. v. 1. 7. ist zurückzuführen. Bis zum Erfolg eines Beamtenrätegesetzes bleiben die alten Ausschüsse im Amt. Neuwahlen finden bis dahin nicht statt.“

Die unmittelbare Wirkung dieser Entscheidung der Groß-Berliner Ausschüsse zeigte sich am selben Abend noch in der Versammlung der Vertrauensmänner und Ausschussmitglieder, die der Bezirksverein Berlin des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten einberufen hatte. Die Tagesordnung und Aufstellung der Kandidatenliste für den Bezirksauschuss wurde

durch eine allgemeine Aussprache über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen ergänzt.

Folgende Entscheidung wurde angenommen: Die Versammlung legt gegen den Erfolg des NPM. vom 1. 7. 20. (Amtsblatt 36, schärfste Berwahrung ein. Sie beauftragt den Bezirksvorstand sofort mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu treten, um eine einheitliche Aktion sämtlicher Postorganisationen herbeizuführen. Wenn bis zum Wahltermin keine Einigung erzielt sein sollte, ist die Wahl auszuführen.“

Kollegen! Der Widerstand gegen diesen unmwürdigen Erfolg wächst zusehends. Wir können nach den letzten Ereignissen in Berlin sagen, daß hier schon ein einheitlicher Wille geschaffen ist, diesen Erfolg unter keinen Umständen anzuerkennen. Nach dem gemeinsamen Vorgehen aller Postbeamten Berlins ist der Erfolg sicher, wenn wir alle Klipp und Klar erklären: Wir wählen nicht und lehnen diesen Erfolg ab. Diese Bewegung muß auch von den Ausschüssen im Reich getragen werden. Dazu ist nötig:

1. Sofort auf allen Post- und Telegraphen-Beamten Betriebsversammlungen abzuhalten mit der Tagesordnung: Ablehnung des Erfolges und Nichtbeteiligung an den Wahlen.
 2. Die Entscheidungen der Versammlung durch Unterschriften gegen die Wahlbeteiligung ergänzen.
 3. Die Entscheidungen dem Verband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten und dem Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten in Berlin übersenden.
 4. Niemand übernehme ein Amt als Wahlvorstand.
 5. Fordere bei allen Postorganisationen Urabstimmung in den Betrieben über Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung.
- Kollegen! Laßt Euch nicht durch das alte Mißtrauen einfangen, das künstlich zwischen mittleren und unteren Beamten großgezogen worden ist. Wir müssen endlich eine einheitliche Aktion der gesamten Postbeamtenenschaft erzielen, um so für immer die Zerspitterung aus unseren Reihen hinauszutreiben. Eisenhand.

Gewerkschaftliches

Zur Lohnbewegung im Tiefbaugewerbe

Durch die Tagespresse wird ein Beschluß bekannt, den die Ortsgruppe Großberlin des Reichsverbandes für das Deutsche Tiefbaugewerbe am 19. Juli gefaßt hat. Danach sollen an einem noch näher zu bezeichnenden Tage die Tiefbauarbeiter, die jetzt noch in Arbeit stehen, auf der ganzen Linie ausgesperrt werden. Seit dem 28. Juni stehen die Tiefbauarbeiter Berlins im Streik. Am 1. März war der Tarifvertrag für das Tiefbaugewerbe abgeschlossen, durch Verhandlungen in Hannover wurde unter Jubilierung einer Lohnaufbesserung von 1,25 M. pro Stunde das Tarifabkommen bis zum 30. Juni verlängert, mit der Maßgabe, daß ab 29. Mai eine Nachzahlung der neu zu vereinbarenden Tarifföhne zu erfolgen hat. In mehreren Verhandlungen zwischen dem Reichsverband des Tiefbaugewerbes, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Feiler kam es zu keiner Einigung, weil sich die Unternehmer weigerten, das geringste Zugeständnis zu machen. Da durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer die Untergrundbauarbeiten nicht weitergeführt wurden, nahm der Berliner Magistrat zu der Frage Stellung und beschloß, die im Hochbaugewerbe festgesetzten Zulagen auch für die Tiefbauarbeiter zu zahlen. Dasselbe haben die Magistrats von Neukölln, Spandau und noch eine Reihe von Vorortgemeinden beschlossen. Der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe, Ortsgruppe Berlin, verbat jedoch seinen Mitgliedern, die von den Gemeinden bewilligten Löhne zur Auszahlung zu bringen, mit der Motivierung, daß ein Stundenlohn von 3,40 M. vollständig hoch genug sei.

Diesem Beschluß des Vorstandes haben sich die Unternehmer gefügt, ohne Rücksicht darauf, daß der Stadt Berlin sowohl als auch der Gesamtbevölkerung durch ihr prozessierendes Verhalten der Arbeiterchaft gegenüber ein großer Schaden entsteht: kostet doch der Stadt Berlin die technische Kontrolle schon über 20.000 M. Dieses Geld hätte allein schon hingereicht, 1200 Arbeitern die Lohnzulagen auf dieselbe Dauer zu zahlen, als was jetzt unweigerlich 12-15 Mann der technischen Kontrolle kosten. Durch das absehnende Verhalten der Tiefbauunternehmer geht deutlich hervor, daß es nicht um die Lohnhöhe der Tiefbauarbeiter geht, sondern, daß noch andere Kräfte am Werke sind, um einen Allgemeinen Abbau der Löhne in Szene zu setzen.

An alle oppositionellen Buchdrucker!

(Aus)schneiden und zirkulieren lassen!) Die Münchener Tagung ist vorüber. Genadet mit einem „Siege“ der „praktischen Arbeit“, läßt sie die sogenannten Sieger nicht recht froh werden. Kein Wunder. — Während man oben in den Arbeitgemeinschaften im Schweige des Angeichts sich bemüht, den Unternehmern hinter ihre Schliche zu kommen, beweisen die Unternehmer ihr arbeitgemeinschaftliches Gefühl nach unten mit Ausschachtung und Stilllegung der Betriebe. Wäh-

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Wie ein Tier hat man mich in einen engen Käfig gesperrt, da überlegte ich das Programm unserer Partei, ich durchlebte ein jedes Wort desselben mit meinem ganzen Wesen und überzeugte mich immer mehr davon, daß es das einzig anwendbare sei, daß nur die Durchführung dieses Programms imstande wäre, das russische Volk glücklich zu machen. Ich aber...

Er hustet hart und legt ein schmutziges, fast schwarzes Taschentuch an die Lippen.

Ich denke: Ja, vom Leben abgerissen, dem Leben fremd, ist du hinter festen Gittern ein Programm für das Leben. Kannst du glauben, daß man dieses ewig lebende, veränderliche Leben in den Rahmen eines im Gefängnis existierenden Programms zwingen könne? Einzigartig, werden nicht deine Programme ein wenig nach Gefängnis rücken, wirst du nicht zum Gefängniswärter des Lebens werden, wird nicht zuletzt in deinem kommenden Stück der Menschheit das Gefäß der Fesseln zu hören sein? ...

„Und jetzt“, jetzt er fort, als er sich erholt hat, „jetzt haben uns die Leute über Bord geworfen, nur weil die Gewalt sich in ihren Händen befindet, sie lassen uns nicht zu Worte kommen, wir sind jetzt ganz aus dem Kampfe ausgeschlossen, den wir jahrelang geführt, für den wir zur Hinrichtung gingen, für den wir starben. Unser Programm wird nicht anerkannt, wir haben keinen Platz in den Reihen der Erbauer des neuen Lebens.“

Wilde unterbreche ich ihn und sage: „Die Tagodie der russischen In-eitigung besteht darin, daß dort, wo zwei zusammenkommen, unbedingt drei verschiedene Meinungen entstehen. Ein jeder russische Intellektuelle trägt beständig in sich den Geist des Proletates, der Unversöhnlichkeit, er ist der ewige Widerspruch, er ist die Unversöhnlichkeit um der Unversöhnlichkeit willen, er braucht fortwährend den Kampf, die Mission von Seditanten. Gibt es keinen außer-

ren Kampf, so erklärt er sich selbst, seinem eigenen Gewissen den Krieg, dann stürzt er den alten Gott und sucht einen Gott, den Gott-Menschen oder den Menschen-Gott. Man muß Russe sein, um alles dies verstehen zu können. Einen Aufruf müßte man ergehen lassen, man müßte versuchen, das neue Bewußtsein in unseren intelligenten Klassen zu wecken, auf daß sie sich von ihren alten Sünden loslösen. Nicht durch Streitigkeiten, nicht durch ewige Unversöhnlichkeiten wird das neue Leben erbaut, nicht durch Ideen und Programme, sondern durch ehrliche, beschreibende Arbeit, wo der Arbeiter schweigend seinen Schwelch auf dem Ader vergießt, auf dem üppiges Gras wachsen muß.“

Ungebüdig unterbrach er meine Rede:

Sie müssen sich nicht wundern, wenn ich, trotz meiner tiefen Achtung vor Ihnen sagen muß, daß dies nur schöne poetische Worte sind. Wir, die wir so viele Jahre in Gefängnissen geschmachtet haben, für das Volk das Märtyrerkreuz getragen haben, wir wissen sehr wohl, worin das Glück des Volkes besteht, wir müssen bloß ein Arbeitsfeld finden. Es genügt ja, die umfangreiche sozialistische Literatur zu durchblättern, um sich klar darüber zu werden, daß ihr Programm keiner Kritik standhalten kann. Ich bitte Sie, ist denn unsere Hunderte von Millionen umfassende, ungebildete Masse zum Kommunismus vorbereitet? Wie kann überhaupt dort von Kommunismus die Rede sein, wo der Bauer noch sein Zaren-Küchlein anbietet?“

Wieder blüht er mich mit seinen krankhaft glänzenden Augen an, als wollte er den Eindruck ablesen, den das Gesagte auf mich gemacht hat.

„Glauben Sie mir“, beginnt er mit erneutem Eifer, „wir werden es nicht so gehen lassen! Wir bilden eine revolutionäre Partei und an allen Ecken und Enden haben wir zahlreiche Anhänger. Fieberhaft bereiten wir uns vor, wir werden von neuem den Kampf beginnen, auf Leben und Tod, verstehen Sie mich? Die Köpfe dieser Herren Kommissare werden bald genug fliegen, ihr Triumph wird bald ein Ende haben! Warten Sie nur, die Macht muß in unseren Händen sein, dann wird sich das Leben im ganzen Lande sofort verändern.“

Ich denke: dies ist vielleicht der wahre Grund all der vielen Empörungen und des Unwillens: die unerfäßliche Machtigkeit,

die alle herauscht hat, nach der alle streben, wie nach etwas Verheißenerem. Alle möchten diese schwindelnde Höhe erproben, sich an der Macht berauschen, die den Menschen die Möglichkeit gibt, über das Leben und den Tod von ihresgleichen zu verfügen.

Wozu neuen Kampf, wozu neues Blutvergießen? Das Leben muß ja gebaut werden, und beim Bau hat ein jeder seinen Platz auch ohne Kampf. Als einfache Arbeiter sollen die Menschen, um der dunklen Menge Licht zu bringen, unter die Volksmassen gehen, um das Gewissen in ihnen wachzurufen, um ihnen Speise und Trank zu bringen, um schließlich in ihnen das Bewußtsein der Freiheit und der Menschlichkeit zu erwecken, und... dafür braucht man kein Programm, sondern Schwerearbeit, schweißige Hände, schweißtriefendes Gesicht und hauptsächlich... hauptsächlich glaube ich, das eigene Beispiel. Menschen, deren Herz von Haß und Unversöhnlichkeit erfüllt ist, können nicht Apostel der Liebe und Freiheit sein.“

Empört erhebt er sich. „Nicht umsonst hat man mir erzählt, Sie seien ganz auf der Seite dieser Räuberbande, sonst würden Sie wohl ausgeben müssen, daß Ihre Handlungsweise den Junkern gegenüber...“

Ich öffne die Augen weit und stütze die Brust auf den Schreibtisch:

„Meine Handlungsweise gegenüber den Junkern?“ ... „Gewiß, hören Sie nur, was man hinter diesen Wänden darüber spricht! Nur Ihnen, Steynoi, den alle für das bewährte Rückland hielten, hat man geglaubt. Sie sind in ihr großer Schriftsteller! und Sie, Sie haben einen Betrag begangen! An Stelle der versprochenen Freiheit sind jetzt hundert Mann ins Gefängnis gesperrt; man wird sie erschließen...“

Ich hatte kaum Zeit: Was? zu fragen. Er antwortete mir nicht mehr. Er warf mir einen glühenden, faherfüllten Blick zu und ging, trocken lachend, zur Türe, ohne ein Wort zu sagen.

Ich erinnerte mich nur an eines: hundert Menschen werden erschossen... Ich schloß die Augen.

(Fortsetzung folgt.)

tend in Nürnberg der Rüstschour auf die Gemeinschaft mit dem Unternehmertum erneuert wurde, beschließen die Unternehmer in ihrer Gesamtheit, Lohnhöhungen abzulehnen, dafür aber mit dem Lohnabbau zu beginnen. Also Verlegen der Arbeitsgemeinschaft auf der ganzen Linie. Mit Teurer sehen sich unsere „Kameradschaftler“ trotz aller „positiven praktischen Arbeit“ vor Probleme gestellt, denen mit parteipolitischen Neutralität nicht recht beizukommen ist. Mit diesen Problemen gewerkschaftlicher Zukunftsarbeit, wie wir sie auffassen, beschäftigt sich eine Versammlung der oppositionellen Buchdrucker, die am Montag, den 2. August, nachm. 5 Uhr, in der Berliner Buchdruckerei (Großer Saal), Kridicinst. 2-3, stattfindet. Erscheint zahlreich. Bezirksliste legitimiert.

Der Aktionsausschuss.
Ortsklasseneinteilung im Versicherungsgewerbe. Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: In der Schlichtungssache betreffend die Ortsklasseneinteilung für die Angestellten im Versicherungsgewerbe hat der im Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schlichtungsausschuss zu dem bekannten Vergleich vom 28. Juli am 20. Juli folgenden Schiedspruch gefällt: 1. Für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis zur Verabschiedung der neuen Reichsrichtlinien, spätestens bis zum 30. September 1920, sind die nachgenannten Orte in die Ortsklassen A-E dem Reichsrichtlinienverzeichnis für die Neuregelung der Banken genannter Ortsklassen 1-5 entsprechen: Potsdam, Breslau, Dortmund, Dresden, Hannover mit Linden, Mannheim, Potsdam, München nach A; Baden-Baden, Darmstadt, Fürth, Karlsruhe, Kassel, Potsdam, Magdeburg, Nürnberg, Pforzheim, Stuttgart, Weßel, Wilhelmshafen, Wandsbeck, Zwickau, München-Grabbach, Offenbach nach B; Schmetzin, Würzburg nach C. Im übrigen verbleibt es bei der Ortsklasseneinteilung für die Neuregelung der Banken. 2. Mit Rücksicht auf das Einverständnis der Arbeitgeberseite, daß Frankfurt a. M. eine Vorzugsbehandlung erfährt, wird für Frankfurt a. M. ein Zuschlag von 10 Prozent auf die tarifliche Höhe festgesetzt, soweit nicht eine besondere Tarifbestimmung an die Reichsbeamten gerichtet wird, längstens bis 30. September 1920. 3. Für die Orte, die in der Ortsklasseneinteilung für die Neuregelung der Banken nicht aufgeführt sind, gilt die alte Ortsklasseneinteilung des Reichsrichtlinienverzeichnisses.

Zur Buchbinderverband findet U r w a h l sämtlicher Angestellten am Sonnabend, den 31. Juli 1920, mittags von 12-6 Uhr abends in den bekannten Lokalen statt. Der vorige Verbandstag gab den Mitgliedern das statutarische Recht, ihre Angestellten selbst zu wählen, sowie sie einer alljährigen Vertrauensprobe zu unterstellen, also Selbstbestimmungsrecht und Kontrolle der Mitglieder in einem Maße, wie es das Interesse der Arbeiterbewegung erfordert. Die Garantie ist gegeben, Vertrauensleute zu wählen, die den Willen ihrer Mitglieder entsprechen.

Groß-Berlin

Die Polizei in Groß-Berlin

Das neue Groß-Berlin soll eine einheitliche Polizei bekommen, die dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt ist. Demnach würden die Polizeipräsidenten von Neukölln, Lichtenberg und Charlottenburg in Fortfall kommen. Von einer Kommunalisierung der Polizei ist keine Rede, vielmehr gehen die Dinge den umgekehrten Weg. Besondere Dienststellen sind an der Arbeit, einen Aufstellungsplan vorzubereiten. Zunächst wird festzustellen versucht, wieviel Polizeikräfte für den Bezirk erwünscht sind und wo sie geschlossen untergebracht werden. Bei der jetzigen Wohnungsnotlage ist das keine leichte Aufgabe. Ferner wird in einem Rundschreiben gefragt, wo Sicherheitswachen erwünscht sind. Stärke 15-30 Beamte. Weiter wird erkundet, wo sich für einen Abteilungsstab Unterkunft findet. Interessant ist folgende Frage: Wo findet sich Unterkunft für zwei Kraftwagenformationen? Stärke ungefähr 80 Beamte, 12 Kraftfahrzeuge. (In Frage kommen Siedelung Adlershof und Fabriken Spindler in Köpenick.) Von nicht minderer Interesse ist die andere Frage: Wo kann in Schmöckwitz ein berittener Halbzug (Stärke etwa 20 Beamte, 20 Pferde) untergebracht werden? Wo desgleichen für den Bezirk Rahnsdorf? (Vorge schlagen ist die Meierei von Bolle in Köpenick.) Gefragt wird, wo sich lebenswichtige Betriebe befinden (Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke, Häfen oder industrielle Anlagen)? Es wird bemerkt, daß für die Verwaltungsbezirke 15 und 16 ungefähr 450-500 Beamte und je 20 berittene Beamte in Betracht kommen.

Dieser große Plan ist sehr interessant. Er zeigt, daß die Polizei der Meinung ist, Groß-Berlin sei nur zur Vergrößerung der Polizeimacht geschaffen, während man sonst der Meinung war, in Groß-Berlin müßte durch eine Zusammenfassung der Kräfte Vereinfachung der Verwaltung und Kostensparnis eintreten.

Der ganze Plan des Polizeiwesens in Groß-Berlin ist in einem Hirne entsprungen, das nur Sorge für eine möglichst große Polizei- und Militärtruppe zu haben scheint. Es wird höchste Zeit, daß über die Machtgelüste der Polizeiherrscher alten Stils ein deutliches Wort geredet werden muß.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Freitag, den 30. Juli, abends 6 Uhr, Zentralversammlung in den Prachisälen „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Fortsetzung der Debatte über Spaa.
Die von Berlin gewählten Abgeordneten werden zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsleitung.

Heute abend 7 Uhr
in den Pharus-Sälen

Große öffentliche Versammlung.
Thema: Spaa und die Lage im Osten.
Referent: Reichstagsabgeordneter Kofke.

Unsere kommunale Arbeit

Der Aufbau des neuen Groß-Berlin vollzieht sich stufenweise. Die erste Stufe läuft von der Verlinkung des Gesetzes bis zum 1. Oktober. In diesem Zeitraum soll die neue Stadtverordnetenversammlung zusammengetreten, den neuen Magistrat wählen, mit ihm gemeinsam die Deputationen einrichten und weitere vorbereitende Maßnahmen für die Durchführung des Gesetzes treffen,

insbesondere die baldige Einführung einer einheitlichen Finanzwirtschaft und eines einheitlichen Ortsrechts vorbereiten. Erst auf Grund dieser vorbereitenden Tätigkeit kann als zweite Stufe die eigentliche Bezirksverfassung zum Stande kommen. Sie kann erst arbeiten, wenn die allgemeinen Grundzüge und Richtlinien für die Bezirksverwaltung geschaffen sind. Am 1. Oktober wird die zentrale Verwaltung der neuen Stadtgemeinde von dem bis dahin neugewählten Magistrat übernommen. Mit demselben Tage gelten die sämtlichen Stadtverordnetenverordnungen und Gemeindeverordnungen der in die neue Stadtgemeinde einbezogenen Gemeinden als aufgehoben und es beginnt ein Ubergangsstadium, in dem nur noch die übrig gebliebenen Magistrate, Gemeindevorsteher, die alten Deputationen in Tätigkeit bleiben; sie müssen aber als Organe des Magistrats arbeiten und auch nur so lange, als die Bezirksverordnungen zum Stande kommen. Mit diesem Augenblick ist die Ubergangszeit erledigt. Dieser Stand der Dinge erzeugt eine große Ungewißheit und Unsicherheit. Das Gesetz erhält erst Leben, wenn das Gesetz der Bezirke etwas fester umgrenzt ist. Wie sich die Dinge gestalten werden oder zu gestalten haben, das erörtern unsere neu gewählten Stadt- und Bezirksverordneten, in einer gut besuchten Versammlung, die am Mittwoch Abend in den Prachisälen „Alt-Berlin“ in der Blumenstraße stattfand. Genosse Carl Leib vorbereitete sich in eingehender Weise über die Materie und lenkte dar, daß es jetzt gelte, sich in die neuen Aufgaben zu vertiefen. Als Grundsatz stellte er auf die Stärkung der Zentralgewalt und Bekämpfung aller Bestrebungen, die den Gegner so unheimliche Zentralgewalt durch Erweiterung der Bezirke zu schwächen. In der anregenden Diskussion nahmen die Genossen Oltrowski, Benno Maack, Dr. Rosenberg, Schneider und Sellheim teil. In einer Entschließung wurde einstimmig die Stellung genommen gegen das Projekt einer Wohnraumsteuer. Die Wohnraumsteuer ist eine raffiniert ausgelegte Hilfsaktion für das besondere ruffähige Haus- und Grundbesitzkapital. Von unseren parlamentarischen und kommunalen Vertretern wird erwartet, daß sie der Wohnraumsteuer die Zustimmung unter allen Umständen verweigern.

Allgemein war der Wunsch, diese Zusammenkünfte zum Zwecke größerer Einheitlichkeit und gegenseitiger Belehrung und Verständigung öfter abzuhalten. Diesem Zwecke dient die Bildung eines zentralen Ausschusses, zu dem jeder Verwaltungsbezirk ein Mitglied delegiert, am besten den Vorsitzenden der Fraktion, der sich vertreten lassen kann. Die Adressen dieser Vertreter sollen dem Verbandsbureau mitgeteilt werden.

Zum Zwecke der Kohlenersparnis werden vom Reichskohlenkommissar Anordnungen getroffen, um auf alle Weise so einen Kohlenverbrauch von Kohlen herbeizuführen. So wird jetzt mit aller Schärfe darauf hingearbeitet, Betriebe zusammenzulegen. Das Reichamt Berlin muß jetzt Maßnahmen ergreifen, um ihre Kohlenbetriebe lediglich in die Meierei Bolle aufgehen zu lassen. Das führt zur Stilllegung einzelner Betriebe, aber auch zur Entlassung von Arbeitskräften; bei der heutigen Arbeitslosigkeit eine wenig erfreuliche Wirkung der Kohlenersparnismaßnahmen. Sie sollen ihre Begründung finden, daß das Kohlenabkommen in Spaa schon am 1. August in Kraft tritt.

Die Zuständigkeit der Mieteinigungsämter. Der Magistrat macht bekannt, daß bis zum 30. September 1921 die Vollstreckung von Räumungsurteilen, einstweiligen Verfügungen und Vergleich von der vorherigen Zustimmung des Mieteinigungsamtes abhängig ist. Die Zustimmung muß erteilt werden, falls Schuldner mit der Mietinzahlung schuldhafterweise im Verzug ist, oder für ihn anderweitiges Unterkommen beschafft ist.

Erben für Futterzwecke. Im Wirtschaftsmarkt Reinickendorf, Klottenstraße 48, sind ungeschälte, halbe Erbsen, geeignet zu Futterzwecken, in größeren Mengen zum Preise von 1,10 M. per Pfund erhältlich. Rechnungen hierfür werden im Lebensmittelbureau, Zimmer 90, ausgefertigt.

Zwei rätselhafte Todesfälle beschäftigten die Behörden. Vor fünf Wochen wurde der Wächter des Grundstücks Lindenstraße 62 in seiner verschlossenen Pfortenstube tot aufgefunden. Man nahm Gasvergiftung an, weil man Gasgeruch wahrnahm. Heute wurde der Nachfolger genau so wie der Vorgänger früh um 7 Uhr in seiner kleinen geschlossenen Stube tot aufgefunden. In diesem Falle brannte noch eine Gasflamme, so daß von einer Gasvergiftung kaum mit Sicherheit die Rede sein kann. In beiden Fällen haben die Wächter bis zuletzt pflichtgemäß die Kontrollen gehalten. Die Leiche des Wächters, eines tüchtigen 63jährigen Mannes, soll nun näher untersucht werden, um die Todesursache einwandfrei festzustellen. Die Feuerwehramtliche und der hinzugezogene Arzt mußten als Todesursache Gasvergiftung annehmen, weil keine andere zu entdecken war. Fast gleichzeitig wurden mehrere Gasvergiftungen aus der Petersburger Straße 31, Bernauer Straße 19, Heidenselsstraße 9, Seestraße 37 u. a. Stellen gemeldet. Ueberall gelang es der Wehr, die vergifteten Personen zu retten, weil die Wehr rechtzeitig benachrichtigt worden war.

Der Brand eines Hauses mit Benzol beschäftigte die Wehr in der Brunnenstraße 100a. Es gelang, die große Gefahr zu lokalieren. In der Forster Straße 41 stand auf dem Hofe ein Holzverschlag in Flammen und in der Franzstraße 8 eine Werkstube.

Änderung des Fahrplanes der Straßenbahnlinie 17 zur Herbeiführung regelmäßiger Fahrabstände im Verkehr der Linien 47 und 1 auf der Strecke zwischen Neukölln, Hermannplatz, und Birk. Buschweg, wird vom 1. August d. J. ab auf Linie 1 - Söbding - ein neuer Fahrplan eingeführt, bei dem die Abfahrtszeiten gegen die bisherigen um etwa 15 Minuten verschoben sind. Näheres ergibt sich aus den Aushänten in den Wagen.

Eine umfangreiche Fahrplanänderung auf der Ringbahn wird voraussichtlich am Montag, den 2. A. M., in Kraft treten. Infolge der letzten Erhöhungen der Straßen- und Hochbahntarife ist bekanntlich ein großer Teil der Benutzer dieser beiden Berliner Verkehrsmittel auf die Stadt- und Ringbahn übergegangen, bei der sich infolgedessen eine außerordentliche Verkehrszunahme in den letzten Monaten bemerkbar gemacht hat. Auch durch die Tarifserhöhungen auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die am 15. Juni eingeführt worden sind und von denen man eine Verkehrsminderung auf den Berliner Eisenbahnen erhoffte, ist, da sie eine Gleichstellung der Tarife mit der Straßen- und Hochbahn nicht brachte, keine Verminderung der Zahl der Fahrgäste eingetreten. Infolge der sich allgemein im Berliner Eisenbahnverkehr bemerkbar machenden Verkehrszunahme sind auf der Berliner Ringbahn fast unhaltbare Zustände eingetreten, die die Eisenbahnverwaltung nunmehr durch eine Änderung der Fahrpläne beseitigen will. Da die Verkehrszunahme auf der Ringbahn nahezu 50 Prozent beträgt, so kann die Abstellung der Verkehrsschwierigkeiten nur durch eine Vermehrung der Züge eintreten, soweit dies der noch immer hohe Ausbesserungsstand der Lokomotiven zuläßt. Der Fahrplan der ganzen Ringbahn, Nordwie auch Südring, wird von Grund aus geändert und dahin erweitert, daß nach dem neuen Fahrplan in jeder Richtung mindestens vier Züge in der Stunde verkehren und zwar auch außerhalb der eigentlichen Berufsverkehrszeiten in den Vor- und Nachmittagsstunden, sowie in den Abendstunden bis gegen 11 Uhr abends, da auch zu diesen Zeiten die Verkehrszunahme auf

der Ringbahn außergewöhnlich groß ist. Nach Bedarf und bei drückenden Verhältnissen angekoppelt, verkehren dann außer diesen Zügen in den Zeiten stärksten Verkehrs noch Einzugszüge, um den Arbeiter- und Berufsverkehr besser als bisher bedienen zu können. Eine derartige Verbesserung des Ringbahnfahrplans konnte natürlich nur dann zur Durchführung in Aussicht genommen werden, wenn gleichzeitig Beschränkungen an anderer Stelle vorgenommen werden. Auf weniger wichtigen Strecken müssen daher einige Bedarfszüge weggelassen, die für den Berufsverkehr nicht in Frage kommen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die Verbesserung des Ringbahnverkehrs durchzuführen.

Falsche Lausendmarke. In letzter Zeit treten Nachbildungen der Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Ausgabedatum vom 21. 4. 1919 auf. Sie sind bei einiger Aufmerksamkeit bei der Annahme an nachstehend aufgeführten Merkmalen kenntlich. Die Herstellung der Falschstücke ist unter Aufsichtnahme der Photographie im Lichtdruck erfolgt. Die falschen Noten sind daher in ihrem Aussehen einer Photographie ähnlich. Bei getreuer Wiedergabe treten die Einzelheiten der Zeichnung nicht in der Schärfe echter Noten hervor. Der sonst eingewirkte Faserstreifen ist durch aufgestreute und scharf angepreßte, hart gefärbte Fasern nachgemacht. Unter dem Faserstreifen sind Spuren von Farbstoffübertragungen (bläulich gefärbt) sichtbar. Nummern und Stempel sind in gelblich-grüner Färbung angebracht. Die Stempel von auffallend geringer Schärfe, haben außerdem ein von dem echten abweichendes Bild des Adlers.

Jugendweiche Lichtenberg. Immer weitere Kreise wenden sich von der Kirche ab. Das beweist der Jauchz, den die Jugendweiche in unserem Orte von Semester zu Semester aufzuweisen hat. In diesem Herbst sind wir verpflichtet, die Jugendweiche an drei Sonntagen, dem 12., 19. und 26. September, im Cäcilien-Angebot, Rathausstraße 8, abzuhalten. Die Feiern beginnen um 10 1/2 Uhr nachmittags und werden außer dem Festvortrag, durch Regitationen, Harmoniumspiel und Kindergefang verschönt. Die Uebungsstunden des Kinderchores beginnen am Sonnabend, den 14. August, abends 5 Uhr, im Gesangsraum des Zahn-Realgymnasiums, Marktstr. 3. Die Eltern gelangtundiger Kinder werden gebeten, dieselben pünktlich dorthin zu schicken. Der Vorbereitungsunterricht für die Teilnehmer an der Jugendweiche nimmt am Dienstag, den 17. August, abends 5 Uhr, ebenfalls im Zahn-Realgymnasium, Marktstr. 3, seinen Anfang, und wird in der ersten Stunde die Verteilung der teilnehmenden Kinder auf die einzelnen Sonntage vorgenommen. Da die Anmeldeliste zur Jugendweiche am 14. August geschlossen wird, fordern wir alle freientenden Eltern auf, die Anmeldung unverzüglich vorzunehmen in den Lokalen von Otto Heß, Rainzer Straße 16, Paul Klude, Scheffelstraße 10 und Paul Werner, Wilhelmstr. 3. In diesen Lokalen erfolgt später der Verlauf der Gastkarten. Einschlägige Auskünfte erteilen die Genossen Emil Richter, Eisestr. 72, und Oswald Pfeiffer, Prinzen-Allee 50. Alle Interessenten wollen diese Sonntagsabende aufbewahren.

Bahnsdorf, Gemeindeverzeiterstellung. Die Gehälter für die Beamten wurden nach dem Berliner Muster bewilligt. Die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten bedarf einer nochmaligen Beratung in der Verwaltungskommission. Die Festsetzung der Straßendreiten wird der Bau- und Wegekommission überwiesen, die mit einer von dem Grundbesitzerverein gewählten Kommission die Vorschläge beraten und zur weiteren endgültigen Beschlußfassung die Gemeindeverzeiterstellung beschäftigen wird. — Eine längere Aussprache brachte der letzte Punkt der Tagesordnung, die Befreiung der hiesigen Einwohner mit Kartoffeln. Obwohl unser Ort inmitten von Kartoffelfeldern liegt, hat die Gemeindeverwaltung große Schwierigkeiten, das nötige Quantum Kartoffeln für die Einwohner von den hiesigen Landwirten zu erhalten. Die Frauen müssen zwei bis dreimal nach den Ausgabestellen gehen, um die 1-2 Pfund Kartoffeln für die Woche zu bekommen. Einige Landwirte kommen zwar der Ablieferungspflicht nach, aber von den anderen ist nur durch Zwangsmassnahmen etwas zu erreichen. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, daß durch Erwerbssolche auf Kosten der nicht abliefernden Landwirte die Kartoffeln gebuddelt und der Gemeindeverwaltung überwiesen werden. In es unter diesen Umständen nicht zu verwundern, wenn die noleidende Bevölkerung zur Selbsthilfe greift und sich das selbst holt, was vor enthalten wird?

Aus den Organisationen

- 1. 2. 3. Mittwoch, Sitzung der Bildungscommission Sonnabend, 8 Uhr, 100 Kaul, Kreuzbergstr. 2.
- 1. Mittwoch, Sitzung der Gewerkschafts- und Kleinfachhändler Sonnabend, 7 Uhr, bei Koch, Bergmannstr. 37.
- 11. Mittwoch, Sonnabend, 7 Uhr, Sitzung der politischen Commission bei Weyers, Kridicinst. 22.
- 17. Mittwoch, 1. Abteilung, Politische Kommission, am Sonnabend, 7 1/2 Uhr, bei Jahn, Eisenmacher Str. 10a, 6a, Hennigsdorfer Straße.
- 17. Mittwoch, Elternbeirat, Freitag, 7 Uhr, Sitzung bei 6 rings, Mittelstr. 10.
- 18. Mittwoch, Fortbildung-Sonntag, Sonnabend, 7 Uhr, bei Knoppe, Seidensels Str. 9, Charlottenburg, Freitag, 7 Uhr, Sitzung der politischen und kommunalen Kommission im Rathaus, Zimmer 1.
- 18. Mittwoch, Sonnabend, 7 Uhr, in der Schule Tarkane, 1. Eing., Sitzung der politischen Kommission.
- Bergmannstr. Kinder- und Familienausflug am Sonntag nach dem Waldater, Treffpunkt 1 1/2 Uhr, bei Malisch, Kreuzstr. 1.

Vereinskalender

- Internatskalender Band der Kriegsposter. Offen 2. Seite, 7 Uhr, im „Freiheit“, Friedrichstr. 10a, Kollwitzplatz.
- Internatskalender Band der Kriegsposter. Neu Berlin. Kriegsposter erscheint am Sonntag früh 10 Uhr, in Mitten zur Probeverteilung gegen das neue Verlosungsgeld im Kulturhaus an der Kollwitzstr.
- Teutscher Werksmeister-Verband. Versammlung, 5 Uhr, im Bureau Stralauer Straße 60.
- Oppel, Buchdrucker. Montag, den 2. August, nachm. 6 Uhr, Buchdruckerei (Str. 20a), Kridicinst. 24, Versammlung. Referent: Karl Koppel, Bezirksliste legitimiert.
- Buchbinderverband. Ständige Vertrauensleute aller Branchen, die Wahlrecht der Opposition haben, treffen sich heute, 4 1/2 Uhr, zu einer kurzen Besprechung im Alexanderbrunnen.
- Deutscher Arbeiterverband. Entschleunigung. Freitag, den 30. Juli, abends 10 Uhr, Subst. wichtige Besprechung aller Anwesenheit.

Lebensmittelkalender

- Kleinfachhändler. Auf Mittwoch 28. der grünen Lebensmittelkarte enthält 1 selbst ertragener Bollerling zum Preis von 50 Pfg. Die betreffenden Wohnstätten sind bis Dienstag, den 3. August, bei den Händlern und in den amtlichen Verkaufsstellen abzugeben. — Auf Mittwoch 27. der grünen Lebensmittelkarte enthält 1 Pfd. Butterflocken zum Preis von 2,20 M. Die betreffenden Wohnstätten sind bis Sonnabend, den 31. 8. M. bei den Händlern und in den amtlichen Verkaufsstellen abzugeben.
- Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kessler, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin, G. 2. Straße 59.

DER MIETERSCHUTZ

Beste gemeinverständliche Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung

Unentbehrlich für jeden Mieter

Preis 4 Mark
Zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, auch in allen Filialen der Freiheitshilflich.

Die gute Massary-Zigarette

So überzeugend diese Worte klingen, so überzeugend wirkt die Massary-Zigarette auf den Raucher / Merken Sie sich die beliebtesten Spezialmarken

Urteilen Sie selbst!

Classe 30 Pfg. Caid 40 Pfg.